

Ersteinstufig
nachdem mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis
monatlich 60 Pfg.
vierteljährlich 1.60 Mk.
jährlich 4.80 Mk.
Durch die Post bezogen
1.00 Mk. extra beizufügen.

„Die Neue Welt“
(Wochenzeitung)
durch die Post nicht be-
tragbar, kostet monatlich 10 Pfg.,
vierteljährlich 30 Pfg.

Stephan Nr. 1047.
Telegraphen-Adresse:
Wohlfahrt Halle/Saale.

Wohlfahrt

Insertionsgebühr
für die erste Zeile des ersten
Annoncen-Blattes 10 Pfg.
für die zweite Zeile 5 Pfg.
für die dritte Zeile 3 Pfg.
für die vierte Zeile 2 Pfg.
für die fünfte Zeile 1 Pfg.
für die sechste Zeile 1 Pfg.
für die siebente Zeile 1 Pfg.
für die achte Zeile 1 Pfg.
für die neunte Zeile 1 Pfg.
für die zehnte Zeile 1 Pfg.

Interests
für die ersten Nummern
müssen vollständig bezahlt
werden, für die übrigen
kann die Expedition aufgegeben
sein.

Abgegeben in die
Postanstalt Halle.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Baumburg-Weißfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Preußen-Wahlrecht und Reichstagswahlen.

Am morgenden Dienstag tritt der preussische Landtag wieder zusammen, gerade noch zur rechten Zeit, um die Auserkennung der Reichstagswähler auf eine politische Frage zu lenken, die vielleicht die wichtigste von allen ist. Nicht bloß das Volk von Preußen sondern die Bevölkerung des ganzen Reiches steht unter dem reaktionären Druck jener fakturierenden preussischen Verfassung, die den allergrößten Teil der preussischen Bevölkerung von jeder wirksamen Einflußnahme auf die Gesetzgebung und Regierung des Staates ausschließt und den größten deutschen Bundesstaat zum Güterbezirk eines haufenweise stehenden Großgrundbesitzer erniedrigt.

Der König von Preußen ist kaiserlicher Kaiser, der Ministerpräsident ist Kanzler des Reiches. Im Bundesrat, der die Höhe der Militär-, Marine- und Kolonialforderungen feststellt und die Beschlüsse des Reichstages annimmt oder verwirft, spielt die dem preussischen Landtag verantwortliche Staatsregierung die führende und ausschlaggebende Rolle. Wie groß der reaktionäre Einfluß Preußens auf die Reichsgesetzgebung ist, geht u. a. aus der Tatsache hervor, daß der Bundesrat im Dezember 1904 fünf wichtige Beschlüsse des nun aufgelösten deutschen Reichstages einfach aufhob. Zwei dieser Beschlüsse hatten eine Reform des furchtbaren Militärstrafgesetzes verlangt und eine Milderung jener Bestimmungen, die geringfügige Vergehen der einfachen Soldaten mit dramatischen Strafen bedrohen. Ein dritter Beschluß verlangte die von den Bergarbeitern förmlich geforderte Einführung eines Reichsberggesetzes, ein viertes das Recht der Unterwerfungsgewaltigen auf Selbstbeschäftigung, ein fünftes den Abschluß eines Auflieferungsvertrags mit England, der der russisch-bourgeoisen Militär in der Behandlung russischer Flüchtlinge ein Ende hätte bereiten können. Alle diese sehr bedeutsamen, allzu berechtigenden — Beschlüsse des Reichstages wurden verworfen vom Bundesrat unter Führung der preussischen Regierung.

Die Hausmacht des Dreiklassenrechts.

Die gesetzgebenden Körperschaften Preußens, von denen das preussische Volk so gut wie völlig ausgeschlossen ist, beschließen über die Höhe der meisten direkten Steuern, vor allem der Einkommensteuer innerhalb des preussischen Staatsbereichs, über Schul- und Kirchengesetze, über die Gestaltung der Genspolizei, ihrer Kontrolle und Kritik untersteht die Staatsregierung mit ihrer gesamten Verwaltung, insbesondere der berechtigten preussischen Polizei-Wirtschaft; durch ihr Staatsrecht üben sie einen entscheidenden Einfluß aus auf die Höhe der Löhne und die Arbeitsbedingungen Hunderttausender in staatlichen Betrieben und in staatlichen Eisenbahnen, in den Staatsbetrieben und den Provinzialen der Landwirtschaft das Koalitionsrecht zu geben oder zu verweigern. Von ihnen hängt es ab, ob die preussischen Staatsangehörigen nicht deutscher Muttersprache als gleichberechtigte Bürger geachtet, oder zur Schande des ganzen Reichs, wie schändliches Bild gehetzt werden sollen. In allen diesen und vielen anderen Beziehungen werden die gesetzgebenden Körperschaften Preußens in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung tyrannisch und ungerecht nach innen, nach außen aber als schlechtes Vorbild, schädlich auf die Interessen und das Ansehen aller deutschen Stämme und des ganzen Reichs.

Reichstags-Wahlrecht und Landtags-Wahlrecht.

Bei den Reichstags-Wahlen am 25. Januar wird, entsprechend dem im Reich geltenden Gesetze, jeder Wähler innerhalb seines Wahlkreises in geheimer Abstimmung seine Stimme für den Kandidaten abgeben, dessen Programm ihm zulaut, und alle abgegebenen Stimmen im Kreise werden gleich gezählt ohne Rücksicht der Person, die sie abgegeben hat. Das ist die Form des Wahlrechts, die in modernen Kulturstaaten die übliche ist, die in Amerika, England, Frankreich, Italien, der Schweiz, in den süddeutschen Staaten, und — nach Abschluß der Wahlreform auch in Dänemark gilt.

Preußen aber besitzt ein Landtags-Wahlrecht, wie es sonst nur noch einmal in der Welt, nämlich in Sachsen vorkommt. Nicht der Mann, der Staatsbürger, sondern der Geldsack entscheidet. Die Stimmgeber werden in die erste, die Niedrigsteuerer die dritte Wahlklasse; zwischen beiden steht noch eine zweite. Nach Klassen getrennt wählen die Wähler nicht geheim sondern mündlich und öffentlich, nicht den Abgeordneten sondern eine Anzahl von Wahlmännern, die für die Klasse gleich ist. Im dritten Berliner Landtags-Wahlkreise z. B. gibt es 170 592 Wähler; davon gehören 3038 der ersten Wahlklasse an, 19 512 der zweiten, 157 042 der dritten. Die 22 550 Wähler der ersten und zweiten Klasse haben zusammen doppelt so viel Wahlrecht wie die 157 042 der dritten. Der Wert der Wahlstimme erster Klasse ist demnach 52 mal, der einer Wahlstimme dritter Klasse. Wichtig ist überall, die Stimme des Proletariats, die ebenfalls noch, weil öffentlich, unter der Kontrolle des Arbeitgeber abgeben wird, wiegt febrerleicht, die des Reichs-

genterschwer. Der arme Mann in Preußen hat kein Vaterland, oder hat wenigstens keine Ursache es zu lieben.

Die Zusammenlegung des Dreiklassen-Parlaments.

Bei den Reichstags-Wahlen vom 16. Juni 1903 erhielten in Preußen Stimmen:

Konservative	765 421	Konservative	148
Freikonservative	267 826	Freikonservative	54
Nationalliberale	645 463	Nationalliberale	79
Freisinnige	513 443	Freisinnige	31
Zentrum	1 174 598	Zentrum	97
Sozialdemokr.	1 649 698	Sozialdemokraten	0

Kann es einen besseren Beweis für die Tatsache geben, daß die Sozialdemokratie in der modernen Kulturwelt die Klasse des Christentums übernommen hat, daß sie die Partei der Wütenden und Bedauernenden ist? Als Vertreter der Unterdrückten ist sie selber unterdrückt, als Schwächere der Reichlosen selber im Klassenkampf verlohren.

Drei Jahre Volkserziehung.

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen! Man kann das wahre Wesen der bürgerlichen Parteien nirgends besser beurteilen lernen als an ihren Taten und ihrer Haltung im preussischen Dreiklassenparlament.

Am 16. Januar 1904 trat das neuwahlgewählte Abgeordnetenhaus zusammen. Bereits am 10. Februar verlangte es durch einen Beschluß die gesetzliche Fortsetzung Kontraktbrücker Arbeiter. Der Kontraktbrücker, vielleicht unmenhlicher Behandlung entsetzliche Proletarier sollte dadurch dem Hungertode überantwortet werden, daß man Arbeitgeber und Arbeitsvermittler, die einem Kontraktbrücker Landarbeiter Arbeit gaben oder vermittelte, mit Strafe bedrohte. Dieser menschlich schone, wahrhaft dringliche Beschluß entsprang einer Anregung der Zentrumsausschüsse Gerold und Frhgen. Der Antrag wurde gestellt vom Freikonservativen Arendt, zum Beschluß erhoben durch die Stimmen der beiden konservativen Fraktionen, des Zentrums, der meisten Nationalliberalen. Die Regierung, während vertreten durch den Gemeindeführer und Typsetzführer Rodtisch, versprach die Durchführung des Beschlusses; am 7. Mai 1904 ging dem Landtage eine entsprechende Regierungsvorlage zu, zu deren Erledigung es aber nicht kam, da sie allzu offensichtlich gegen die Verfassung verstieß!

Anfang 1904 jagte die preussische Eisenbahnerverwaltung 27 Arbeiter, die zum Teil fast ihr ganzes Leben dem preussischen Eisenbahndienst geopfert hatten, aus dem Dienste, weil sie sich einer modernen Gewerkschaft angeschlossen hatten. Dieses Vorgehen fand am 9. März 1904 die jubelnde Zustimmung des preussischen Abgeordnetenhauses.

Im Januar 1905 brach der große Bergarbeiterstreik aus. Die Sozialdemokraten verlangten den Erfolg eines Reichs-Berggesetzes durch den Reichstag. Sie forderten im Interesse der Bergarbeiter u. a.: kurze Schichtzeiten für Arbeit an gesundheitsgefährlichen Orten, Beurlaubung des Wagenmüllens, Wahl von Wagenkontrollieren, Grubenkontrollieren und Arbeiter-Ausschüssen durch die Belegschaft. Das Zentrum schied auf diese Anregungen einjüngere, half aber zugleich, die Gelegenheit nach dem preussischen Landtage zu verschleppen, wo das geplante Arbeiter-Gesetz zu einem Arbeiter-Zuchtgesetz umgewandelt wurde. Am 20. Mai beschloß das Abgeordnetenhaus ein Gesetz, dessen Hauptinhalt der folgende ist: Das Müllern wird abgeschafft und durch andere Strafbestimmungen ersetzt, abgelehnt wird der sanitäre Maximalarbeitszeit für Arbeit an heißen und kalten Orten; die Arbeiter-Ausschüsse, die in der zweiten Sitzung abgelehnt worden waren, werden angenommen mit der Maßgabe, daß erst nach drei Jahren Arbeit auf einer Zucht-Wahlberechtigung eintritt, daß nur gemüßigt werden kann, wer über drei Jahre auf ein und demselben Werke in Arbeit und über 30 Jahre alt ist, daß der Ausschluß darauf verpflichtet wird, das „gute Einvernehmen“ der Arbeiter mit den Herren zu wahren, diesen nur die beschiedenen Wünsche der Arbeiter vorzutragen, sich aufreißender Tätigkeiten zu enthalten, andernfalls er nach „fruchtloser Verwarnung“ von der Bergbehörde aufgelöst wird. Diese mehr als ruffähigen Bestimmungen wurden am 18. Mai vom Zentrum durch den Mund des Hrn. Trübner als „Angehörigkeitsgesetz“, „Annonciationsgesetz für unannehmbar erklärt, am 26. Mai aber, genau acht Tage später, vom Zentrum einstimmlich von Herrn Trübner, angenommen und zum Gesetz erhoben.

Am 3. November 1904 beging das Abgeordnetenhaus seine einzige freisinnige Tat. Es beschloß die Aufhebung der bis dahin in allen Preussischen Provinzen für Unterbeamte. Die Regierung stimmte aber dem Beschluß nicht zu. Freundschaft zwischen der Regierung und dem Abgeordnetenhaus ist deswegen nicht entstanden.

Am 30. Juni 1904 beschloß das Abgeordnetenhaus ein Gesetz, durch welches in Pommern, Posen, Schlesien, Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Provinz Sachsen und Westfalen den Polen die landwirtschaftliche Nieder-

lung untersagt werden kann. Für dieses, von der Regierung ausgehende, verfassungswidrige Gesetz stimmten die Konservativen und die Nationalliberalen.

Am 17. Juni 1904 beschloß das Abgeordnetenhaus, um endlich doch etwas für das Volk zu tun, den Solbatenprotektome und patriotische Liebesbücher zu senden.

Am 15. März gewährte es den Ministern eine Gehaltszulage von 14 000 Mark jährlich.

Am 13. Mai 1904 stellten die Konservativen und Nationalliberalen den berühmten Schulantrag, der die preussische Volksschule im Prinzip darauf festsetzt, daß der Unterricht für proletarische, katholische und jüdische Kinder gesondert einzurichten ist und überall rein konfessionelle Schulen errichtet werden, in denen der ganze Unterricht auf religiös-konfessioneller Grundlage erteilt wird. Am 6. Juli 1906 wurde das Schwaabgesetz der Gehaltsnachricht in einer Form angenommen, die ebenfalls noch das Selbstverwaltungsrecht der Städte völlig zerrüttert.

Die sozialdemokratische Presse hatte leidenschaftlich dagegen protestiert, daß ein Volksschulgesetz unter Ausschluß des Volkes über Volksschulen verhängt werde und verlangt, daß diese in das Volksleben tief einschneidende Frage der Volkserziehung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zur Entscheidung überlassen werde. Darauf antwortete das Parlament des ungleichen, indirekten und öffentlichen Wahlrechts, indem es mit dem Eintritte der Konservativen, der Nationalliberalen und des Zentrums beschloß, drei sozialdemokratische Arbeiterkongresse zu veranstalten, die die Volkserziehung der Arbeiterkongresse bis zum nächsten Reichstagsparlament.

In der Frage der Festschneidung des Mitarbeiters, der politischen Beschäftigung und erpresserischen Vereitigung eines Rufens zum Landesverrat, fand die preussische Regierung die Mehrheit des Abgeordnetenhaus natürlich auf ihrer Seite.

So kennzeichnet sich das preussische Abgeordnetenhaus, bestehend aus Konservativen, Nationalliberalen, Zentrum und einer schwächlichen, feigen, bloß markierten Freisinnigen „Opposition“ durch seine Taten. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!

Wahlrechtsbewegung und „Wahlreform“.

Die Schmach des preussischen Schultgesetzes betrafte die preussischen Arbeiter aus ihrer Gleichgültigkeit und ihrem allzu gebildeten Konsumt endlich auf. Der 21. Januar, der 18. März, der 1. Mai 1906 sahen gewaltige Kundgebungen des Arbeiterkarakts, in denen ein endliches Ende der Dreiklassenandern förmlich gefordert wurde. Am 1. Januar mobilisierte die preussische Regierung einen großen Teil ihrer Armee, um beschützten, aber gar nicht beachteten Straßendemonstrationen mit gepanzerten Faust zu begegnen. Der Schrei des Volkes nach Gerechtigkeit sollte mit scharfen Schüssen beantwortet werden!

Und vier Tage nach dem ersten Gedenktag dieses 21. Januar finden die Reichstagswahlen statt.

Am 20. März 1906 brachte die preussische Regierung im Abgeordnetenhaus zwei Wahlrechtsvorlagen ein, deren einziges Zweck darin besteht, die Lebensdauer des Dreiklassenwahlrechts zu verlängern und eine Abstruktion der Sozialdemokraten bei den schwerfälligen Wahlmänner- und Abgeordnetenwahlen unmöglich zu machen. Zu diesem Behufe wurde einige übertragene Wahlkreise geteilt und zehn neue Kreise geschaffen, ferner einige Wahlkreise in den Mittelpunkt der Wahlbezirke verlegt. Die Wahlrechtsdebatten, die bei der Beratung dieser Vorlagen geführt wurden, ergaben, daß außer den Konservativen keine bürgerliche Partei es mehr mochte, sich zum Dreiklassenwahlrecht zu bekennen. Dieses hat also im Abgeordnetenhaus keine Mehrheit mehr, die für seinen Fortbestand offen eintritt. Maisdemokrater erklärte die Nationalliberalen für entscheidende Gegner des gleichen und geheimen Wahlrechts und traten für öffentliches, nach Weisheit, Alter und Bildung abgelesenes Wahlrecht ein. Zentrum und Freisinnige behaupteten, Anhänger des gleichen und geheimen Wahlrechts zu sein; auf die sozialdemokratische Forderung, sie sollten in Konsequenz dieser grundsätzlichen Stellungnahme gegen die Fiktion der Regierung stimmen, die doch nur dazu diene, dem Dreiklassensystem das Leben zu setzen, gingen sie aber nicht ein, sondern sie stimmten für die Regierung des Dreiklassensystems und deren Vorlagen.

Auf zur Befreiung! Wahlkampf ist Wahlrechtskampf!

Haben die entrechteten und verächteten preussischen Staatsbürger dritter Steuer- und Wahlklasse also keine Möglichkeit, erlittene Unbill heimzuwählen, Vertreter zu bestreiten und dem guten Recht zum Siege zu verhelfen? Und kann die nicht-preussische Bevölkerung des Reiches nichts dazu tun, um den

ihner kämpfenden Unteranen des schwarz-weißen Gewaltrechts zu Hilfe zu eilen?
Doch! Sie können es! Der 25. Januar gibt ihnen die Gelegenheit dazu.
Am 25. Januar ist jeder Paris Verzehrend als Reichs-angehöriger Wähler gleichen Rechts! Am 25. Januar

Wann haben, Württemberger, Baden, Hessen, Sachsen, Thüringer, Westfälischer und Oldenburger mit daran helfen, den preussischen Stein auf dem Wege zu wälzen und der Entwicklung Preußen-Deutschlands zu einem freien Volksstaat die Bahn zu öffnen! Wer einem Feind des gleichen Rechts zum Siege hilft, gibt

sich damit selbst in die Knechtschaft, beschneidet sich damit selbst seine Unfähigkeit und seinen Unwert! Wer nur zum gleichen Recht und dessen einzig entscheidendem Vertreter, den Sozialdemokraten, steht, wahrt seine Würde als Mensch und Staatsbürger!

In Preußen, Sachsen und im ganzen Reich: Keinem Feind des gleichen Landtagswahlrechts eine Stimme!

Tagesgeschichte.

Salle a. S., 7. Januar 1908.

Das ohnmächtige Reichsparlament.

Das Verlorene Tagelicht, dessen schäbster Korrespondent während der freieschweifigen Marzoffaffäre manche unangenehme Wahrheit über die verheerendste Sinnlosigkeit der deutschen Politik gesagt hat, vertritt jetzt, mit Korrespondent umgeben, sein leitender Redakteur geworden ist, den Fürsten Wilton von der Verantwortung zu entlasten. Der Kampf hat in einer Verstrickung über die auswärtige Politik Deutschlands bemerkt, daß man in Deutschland während des Aprils 1905 einen Angriff gegen Frankreich für möglich, ja wahrscheinlich gehalten habe. Das war noch sehr milde von dem Pariser Blatt gesagt, denn tatsächlich standen wir in der Marzoffaffäre unmittelbar vor dem Ausbruch des Krieges, den die deutsche Unzurechnungsfähigkeit provoziert hatte.

Der arme Wilton soll nun, so behauptet das Verl. Tagelicht, daran nicht schuld gewesen sein. Die Schuld wird ihm erst aufgebürdet, wenn auch er erst einmal aus der Regierung ausgeschaltet ist. Dann wird er sich zu dem Stübchen und dem Gewissen gefellen, auf die die ganze Schuld zu schieben sei das erste Kennzeichen guter nationaler Gesinnung ist. An den Behauptungen der Temps, meint das Verl. Tagelicht, sei nur richtig, daß diese Bureau- und Vorzimmerrenten, denen sich Fürst Wilton allzu bereitwillig in die Hände gegeben, für die Ehre Deutschlands und besonders für die persönliche Interessen das Meiste wagen wollten. Das Verl. Tagelicht, hielt damit auf den Herrn von Hollstein an, der, solange er im Amt und Macht war, unumschränkt namentlich auf die liberale Presse beherrschte, und dem jetzt die hochverräterische Völsch nachgelegt wird, daß er um seiner persönlichen Interessen willen Deutschland und Frankreich in die unglückliche Katastrophe eines Krieges habe führen wollen. So springen unter gutgemeinten Wäntern mit den gefährlichen Geoiden um, denen sie nun verheerliche Absichten nachsagen, gegen deren Verursacher die Schanddaten eines Massenmörders harmloses Spiel scheinen.

Aber die neuerdings beliebte Methode, alle Schuld der deutschen Regierung der Vergangenheit in das Vorgemur und auf die Hintertreppe abzuladen, um die Leppiche des nur für die Herrschaften bestimmten Aufgangs rein zu halten, scheitert in diesem Falle an der altbekannten Tatsache, daß Fürst Wilton selbst verständig Frankreich den Krieg angehängt hat. Am 10. Juni 1905 nach als die Besatzung unserer französischen Genossen bereits dem deutschen Vorkriegs das Opfer des französischen Ministers Delcassé gebracht hatte, sprach der deutsche Botschafter in Paris im Auftrag des Fürsten Wilton, um die absterbende Marzoff-Konferenz zu eröffnen, das Wort zu dem französischen Minister des Auswärtigen, Rouviers: „Sie müssen wissen, daß wir hinter Marzoff stehen.“ Das war die brutale Unfähigkeit des Krieges in offizieller Form für den Fall, daß Deutschland seinen Willen nicht durchsetze. Seit dieser Kriegsanfänglichkeit ist Deutschland international völlig isoliert. Die Kulturstaaten haben diesen unruhigen Kranken gegenüber das Geiß- und Schweißmittel angewandt, mit dem man die Tollkühnigen zu beruhigen pflegt: die vollkommene Isolation.

Es waren eben nicht verantwortliche Hintertreppenspolitiker, auf denen die Marzoffaffäre lastete. Oder wäre es etwa auch einer dieser Untertanen gewesen, die im Frühjahr 1905 plötzlich dem vollständig verurteilten Reichstag in die Hände schickte, damit die Regierung des Fürsten Wilton für alle Fälle in das marzoffianische Abenteuer sich fügen konnte, ohne durch den Reichstag irgendwie gehemmt werden zu können? Es ist doch wohl Fürst Wilton gewesen, der diesen damaligen Staatsstreich veranlaßt hat. Im Frühjahr 1905 begünstigte sich der Absolutismus noch mit der unerwünschten Gewährung des Ferienurlaubs für den Reichstag, heute hat man zu demselben Zweck die Auflösung gewählt. Die jetzige Auseinandersetzung des Reichstages ist ja keinesfalls der erste Fall der vollständigen Ausschaltung des Parlaments. Die deutsche Regierung ist nach China gegangen und hat erst, nachdem alles im wesentlichen vorüber war, der deutschen Volksvertretung die Rechnung präsentiert; der verantwortliche Kanzler, Fürst Stolow, war schon vorher gestürzt. So war es in der Marzoffaffäre, so jetzt in dem Kolonialkrieg. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Regierung des Fürsten Wilton den Reichstag nur als Geldverwertungsmaßnahme und Steuererpressungsapparat benutzte, daß sie ihm aber keinerlei Einwirkung auf den Gang der Politik selbst gestattete. Es gibt keine andere Möglichkeit mehr, als daß das Parlament sich die Rechte erobert, die in jedem modernen Staate bei der Volkserziehung liegen. Das ist höchstens nationales Interesse, denn auch kein Sozialdemokrat möchte mangeln, daß die unanschauliche Einwirkung des parlamentarischen Systems in Deutschland erst als die Folge einer Katastrophe kommen würde, zu der die verblendete auswärtige Politik der heute Verantwortlichen, das Deutsche Reich, jeden Tag treiben kann.

Der König von Sachsen und der Sohn einer deutschen Mutter.

Aus einem bürgerlichen Wahlflugblatt:
Wer vermag einen deutschen Mutter ihren Sohn zu erkennen, der um paar erparter Groschen willen sein junges Leben lassen mußte?
Bürgerliche Zeitungsbericht vom 6. Januar 1907:
Ein Automobilententeurer des Königs von Sachsen. Vor einigen Tagen fuhr der König August von Sachsen per Automobil zur Jagd zum Grafen Meis. In der Nähe der Jagdgesellschaft von Meis bei Wernitz besaß das Auto dem Grafen der Bruder Starke aus Wernitzdorf. Bei seinem Gerannahmen sprach der ältere Bruder ab, um die unruhig werdenden Pferde zu halten. Anstatt bei diesem Anlaß das Tempo zu mäßigen, fuhr der Chauffeur mit unermüdlicher Geschwindigkeit weiter. Die Pferde schrien im Angesicht des rasch auf ihn zufliegenden Autos. Der junge Mann mit sich rissen ihn schließlich unter die Rufe und den Wagen, während das Automobil weiterfuhr.
Es ist nach der Ankunft in Weisitz lehrte es noch einmal

um, und der König ordnete die Ueberführung des Verunfallten in das Krankenhaus Weidenau an, wo er gleich darauf verstarb.

Damit war die verwitwete Mutter des Toten des Hauptverträhers für sie und ihres unminorigen Kinder beraubt. Das Dresdener Sozialdemokrat hat nun in Weidenau die traurigen Tage der armen Frau eine Entschädigung von insgesamt 1200 Mark angeboten, zahlbar in zwei Raten, 600 Mark in diesem Jahr, 600 im nächsten. Die Frau hat jedoch abgelehnt, sich mit dieser Vergütung einverstanden zu erklären, und wird ihre weitergehenden Ansprüche nunmehr gerichtlich geltend machen.

Damit hat das bürgerliche Wahlflugblatt eine sehr scharfe Antwort auf seine Frage: „Wer vermag einen deutschen Mutter ihren Sohn zu erregen?“ Das förmlich sächliche Sozialdemokrat vermag, und es braucht dazu viel weniger Geld, als wenn ein verendeter Gaul des königlichen Marzoffs durch einen ebenfallsigen Abschlag erzeugt werden sollte. Ein Mensch, jamaal sächlicher Mensch, ist ja viel weniger wert als eine englische Völschuttere!

Was aber den absterbenden Vorwurf des Roffen-Flugblatts betrifft, so hat die Sozialdemokratie als Gegnerin der „Weltpolitik“ und Hüterin des Weltfriedens stets dahin gewirkt, daß den deutschen Wählern ihre Söhne erhalten bleiben. Sie hält Menschenleben nicht mit 1200 Mark, zahlbar in zwei Raten, für erprobbar.

Wie das Geld der Steuerzahler verpulvert wird.

Trotzdem Preußen auf dem Gebiete seiner Germanisierungspolitik in den Ostmarken bis jetzt so förmlich Schiffbruch gelitten hat, scheint man nach althergebrachter Weise im ausgefahrenen Geleise weiterfahren zu wollen.

Die offiziös verfauldet, soll dem morgen neu zusammenzutenden Landtage nach den Reichstagswahlen eine neue Polen-vorlage zugehen. Und da der Aufschubschon, der schon ungezählte Millionen verjüngten hat (man spricht von einer Viertelmilliarde), fast vollständig erschöpft ist, will man diesen Fonds von neuem mit Steuererträgen des Volkes füllen. Dagegen müßte ganz energisch protestiert werden. Schon deshalb, weil die ganze Germanisierungspolitik eine höchst ungerechte, denn aber auch eine verheerliche ist. Denn wie wir erst in den letzten Tagen an verschiedenen Beispielen nachweisen, hat die bisherige Germanisierungspolitik den Erfolg gehabt, daß das Polentum heute viel ärmer, viel verelener ist als früher. Der Grundbesitz in polnischen Händen hat sich um ein Drittel verringert, ganz gewiß vermehrt, trotz oder vielmehr infolge der Millionen des preussischen Staates.

Die Regierung hat allerdings eingesehen, daß diese Ansehenspolitik viele Fehler gemacht habe, aber man will trotzdem weitermachen, wenn auch auf andere Weise. Ein Beweis, daß Selbstverleugnung nicht immer zur Besserung führt. Man scheint im Gegenteil noch viel größere Böde schieben zu wollen. Von dem Grundbesitz auszugehen: „Und bist du nicht wildig, so brauch ich Gewalt“ will man durch „Verkäufung der Machtmittel des Staates“ eine Abänderung der bisherigen Maßnahmen vornehmen, um endlich zum Ziel zu gelangen. Zu diesem Behufe plant man die Ausdehnung des Enteignungsgeleises auf alle die Besitzungen, die sich in politischen Händen befinden. Also ein Ausnahmegeretz in sächlicher Form. Ob allerdings damit die Polen einnehmen werden, möchten wir doch daß bezweifeln.

Das wird auch ein in Aussicht genommener Besuch Wiltons in den Ostmarken nicht fertig bringen. Denn alle derartigen oberflächlichen „Informationsreisen“ fallen in der Regel den Herren noch mehr in den Kasten, je mehr sie hören, wenn ein Mann wie Fürst Wilton hingekört, der nach seinem Selbstvertrauen doch nur mit Voreingenommenheit die polnischen Verhältnisse betrachtet. Es ist wirklich etwas Herrliches um unsere preußisch-deutsche Kulturarbeit: In Afrika jagt man Regen, in Polen „Kantinen“. Und einer derartigen verkehrten Politik sollte man noch Gelder bewilligen. Für solche Zwecke nie einen Pfennig. Leider hat die Arbeiterklasse im preussischen Mutterparlament noch nichts zu sagen, aber die Stimme erheben muß das preussische arbeitende Volk zu lautenstimmigem Protest gegen eine derartige Vergeubung der Steuererträge des Volkes.

Eine friedliche Revolution.

Ohne Ueberzeugung darf man es ausdrücken, daß die Abstimmung im Lande gegen das Königshaus Tag für Tag zunimmt. Eine Katastrophe bereitet sich vor. Und die Fragen, deren Beantwortung die Zukunft bringen wird, lauten: Wann wird die Katastrophe eintreten, und welcher Art wird sie sein? Keine von den Hoffnungen, die man auf das Königshaus setzte, hat sich erfüllt. Erst eines Gemuttes, eines Fortschritts, nachden sich über den Stillstand und Rückschritt befreit. Die Mächte beschränken ihren amtlichen Verkehr auf das äußerste Maß des Unvermeidlichen. Es liegt auf der Hand, daß das politische Ansehen nicht zunehmen kann, vielmehr stetig abnehmen muß, solange dieser Zustand der Isolierung andauert. Es gart, und jeder Morgen kann eine Ueberladung bringen. Sobald das als sicher angenommen werden: es wird eine blutige Ueberladung sein. Das Parlament wird eines Tages die Abhebung des Herrscherhauses und die Errichtung der Republik beschließen, und eine Abordnung wird dem Könige diesen Beschluß zugleich mit der höchsten Aufforderung mitteilen, das Land zu verlassen.

So ironisch spielt ein nationalliberales Blatt, die Nationalzeitung, mit dem Gedanken der Revolution, malt es mitten in der Wägen, in der es doch sagt, die nationalen Mächte von Thron und Altar zu schieben, den Gedanken der parlamentarischen Abhebung der Dynastie an die Wand. Ja, es findet so wenig Anklang an so hochherwürdigen Unternehmungen, daß es gegen den Umfang nicht nur kein Wort des Widerspruches findet, sondern diesen Plan mit offenbarem Behagen breit erörtert. Es sei übrigens hinzugefügt, daß die Nationalzeitung die — Serben in dieser Weise aufweist, ihr ganzes Herrscherhaus nach Hause zu jagen.

Bitte, recht freundlich!

Die Nordd. Allg. Ztg. ist genötigt, die Wahlparole des Wiltonischen Selbstverleugers an Liebert: für Ehr und Gut der Nation gegen Sozialdemokratie, Polen, Welfen und Zentrum Kraftvoll zu finden.

Eine besondere Feindschaft der Wahlparole ist, daß die Reichsparole der Parteien gleichzeitig die Stärke des Gegenstandes, in den sich die Regierung zu jeder von ihnen stellt, andeutet. Zentrum ist also nur Schärfe Nr. 4, während die Sozialdemokratie immer noch den Vorzug hat, Schärfe Nr. 1 zu sein. Diese Anerkennung des unerschütterlichen Gegenstandes zwischen der Sozialdemokratie und der Regierung ist für uns sehr erfreulich. Je weiter von der Regierung, desto näher zur Nation. Kein Wunder, daß die Regierung eine Partei hat, von der sie genau weiß, daß sie schon wegen ihrer Unfähigkeit unerschütterlich entlassen werden würde, wenn diese Partei zur Macht gelangt. Kein Geiselt der Vergangenheit liebt die lebendige Zukunft, aber man möchte glauben, daß schließlich außerhalb der bürgerlichen Parteiverbände jeder nicht ganz verirrte Deutsche von einer Regierung mit der Schärfe Nr. 1 behandelt zu werden wünscht, die in einem Augenblick, da der große weltgeschichtliche Kampf der politischen Selbstbestimmung der deutschen Nation gegen die Welle des leibenden absolutistischen Regiments nun endlich beginnt, seine andere Weltanschauung hat, als daß sie ein recht freundliches Parlament zusammenzubringen möchte. Der deutsche Reichstag soll nicht die Vertretung der Nation sein sondern die Photographie des Absolutismus. Vor allem aber wünscht die Regierung im neuen Reichstag bei den Konserativen freundlich zu sein. Die Junter großen, daß man ihnen das agrarisch verchworfene Zentrum plötzlich als unnational entziehen hat. So belehrt die Nordd. Allg. Ztg. in aller Ehrerbietung die guten Konserativen, daß ein Reichstag doch auch für die Konserativen ein freundlicheres Gesicht haben würde, wenn sie nicht immer bloß mit dem einen Zentrum, sondern auch mit den Freisinnigen Mehrheit spielen könnten. Das ist eben! Schmeichelei wie freundlich für alle Beteiligten, für die Regierung, die Konserativen und die Freisinnigen. Alle Menschen werden Brüder, wenn nur der Reichstag ein für die Regierung und die Konserativen freundliches Gesicht erlangt.

Preussische Verhältnisse in Baden. In Karlsruhe wurde bei einer Rebeater der Badischen Landeshöhe, einem bürgerlichen Blatte, in der Privatwohnung nach einer ganz geringfügigen Notiz gehaucht, wobei sich der Rebeater sogar einer körperlichen Unternehmung unterwerfen mußte. Bis man an seinem Körper das gemüthliche Papier fand. Diese Nichtachtung der Presse und ihrer Rebeater liegt nur daran, daß die bürgerlichen Wänter vor allem, was Verleumdung heißt, selbst auf dem Bausche liegt. Dadurch muß jede Achtung der stehenden Großmacht verloren gehen.

Preussische Ostmarkenpolitik. Die Wege der von Steuerarosen unterhaltenen politischen Polizei sind unerforschlich wie Gottes Wege. Kommt da, so herbeist die Welt am Montag, kürzlich ein Arbeiter Namens Wilkens aus Belgien nach Berlin, um hier Arbeit zu suchen. Und siehe da, er hat Glück. Eine Firma beantwortet sein Bewerbungsschreiben mit ja. Am Montag, 17. Dezember will er anfangen; doch hat es die irrtümliche Vorlesung anders beschloffen. Sie streift ihre Krallen aus nach dem „Verdächtigen“, verhaftet ihn im Gewerkschaftshaus und transportiert ihn nach der Wallstraße am Alexanderplatz, wo sie ihm zwei Tage Verpflegung und die dort übliche „Bedienung“ zuteil werden läßt. Dann kauft sie ihm für sein letztes Geld ein Bilet nach Belgien, hospitiert ihn in einem dortigen gehenden Zug und der Staat und kein Ansehen ist gerettet. — Höchst wahrscheinlich handelt es sich bei dieser Schand- und Staatsaktion um die Unschicklichmachung eines Sozialdemokraten oder gar — Anarchisten. Sozialdemokraten und Anarchisten sind demamtlich unerschütterliche Feinde jeglicher Korruption. Sie müssen daher, da die Korruption auch in Preußen-Deutschland bereits als konservierende Institution zu gelten beginnt, möglichst prompt und wirksam fallgesetzt werden. Durch die Ermüdung, daß Deutschland durch ein solches Vorgehen in den Augen der Ausländer an Ansehen verliert, kann eine hohe Beköde sich keineswegs beirren lassen.

Jetzt ist einmal können in Afrika Soldaten übrig zu sein! Das Verl. Tagel. meldet: Nachdem mit dem 1. Januar d. J. das gesamte Ceertransportwesen für die Kolonien von dem Kolonialamt auf die Ceertransportabteilung des Reichsmarineamtes übertragen ist, hat diese Behörde sofort die erforderlichen Schritte für weitere Niedrtransporte aus Deutsch-Südwestafrika eingeleitet. Wie ist das gemeint? Sollte das Kolonialamt mit Afrika keine Soldaten zurückerufen, weil Dornburg erklärte, es würde die Anzahl drüben gebracht, oder hat die Forderung von außen verurteilt, daß jetzt ein anderer Wind weht, oder? Hoffentlich erhält der deutsche Steuerzahler auf alle diese Fragen recht bald ausreichende Antwort. Auf alle Fälle beweist auch diese Notiz, wie recht die Sozialdemokraten haben, wenn sie verlangen, daß nur eine ganz minimale Anzahl Soldaten in Afrika nötig ist.

Eine furchtbare Entdeckung hat der Oberstaatsanwalt Generalsekretär Bued gemacht. Er hat einen neuen Bundesgenossen der Umkartpartei aufgefunden, den — K a t h e d e r - s o z i a l i s m u s. Er machte darüber im Verein Deutscher Eisenhüttenleute folgende Ausführungen: „Der Kathedersozialismus ist nahe an die Sozialdemokratie herangerückt und sein Wirken ist Beschönigung und Verbreitung der sozialdemokratischen Lehren und Grundanschauungen. Dagegen liegt eine große Gefahr für den Staat und die Volkswirtschaft, denn wir müssen uns immer vor Augen halten, daß dies, im übergeordneten, pafenden und befriedigenden Schemen ausgeleiteten Herren mit wenigen Ausnahmen die akademischen Lehrkräfte der Volkswirtschaft beherrschen, also die Lehrer unserer akademischen Jugend und, was ich als das Bedenkliehste ansehe, unserer angehenden Staats- und Verwaltungsbeamten sind.“

Bedenklich und wahrer Wissenschaft entwidelt sich ganz notwendig in einer Richtung, die zu den kapitalistischen

den Geschäftigkeiten in einen gewissen Gegensatz treten muß. Wer das verhindern wollte, müßte imstande sein, die Wissenschaft überhaupt zu vernichten. Es möge nicht unerwähnt bleiben, daß das Berliner Tageblatt, ein sogenanntes „freisinniges“ Organ, den Mut hat, zu schreiben, Herr Bued habe nicht unterd.

Nachmal der Fall Peters. In dem schwebenden Befehlungsprozeß Dr. Karl Peters gegen die Königlich Preussische Zeitung wird der „Fall Hellwig“, der den Reichstag im Dezember v. J. beschloß, eine neue Beleuchtung erlangen. Geheimrat Hellwig, der angelegentlich Anstifter des ganzen „Falles Peters“, wird im Zugeverhör vernommen werden, ebenso Herr v. Bennigsen, der Korrespondent der Königlich Preussischen Zeitung in Berlin. Hoffentlich wird nun endlich einmal der Fall Peters aufgearbeitet, wie es die öffentliche Meinung schon seit zehn Jahren verlangt, wenn die Regierung nicht wiederum einen bösen Streich durch die Rechnung macht.

Im Kleinen groß sind von jeher die Militärvereine gewesen und die schärfsten im besondern. Es ist aber auch schlimm, wenn sich die rote Gefahr sogar in die ehernen Stützwerke einschleicht. Der Militärverein zu Wittenberg ist in der Lausitz ist aber dieser Gefahr mutig auf den Leib gerückt. Ein Mitglied dieses Vereins hatte die Frechheit besessen, sozialdemokratische Agitationsblätter zu verbreiten. Darob Ausbruch des Rostollers und Einberufung einer Versammlung. Das Ergebnis derselben war folgender Brief an den vermaledeiten Sünder:

Herrn ... Ihnen mitgeteilt, daß Sie nach den Aussagen der Königlich Preussischen Militärvereine infolge Ihrer sozialdemokratischen Umtriebe in schimpflicher, beschuldigungswürdiger, entscheidender Weise aus dem Königlich Preussischen Militärvereine ausgeschlossen worden sind.

V. V.

Uff, der Staat war gerecht. Die Folge aber war, daß der unersetzliche Bismarck nun erst recht ein Sozialdemokrat wurde.

Inland.

Frankreich. Der Staatssekretär Sarraut hielt am Sonnabend in Bordeaux eine Rede, in der er u. a. ausführte, die Aufgabe der jetzigen Regierung bestehe darin, eine größere Berechtigung sowohl in politischer, wie auch in sozialer Hinsicht einzutreten zu lassen. Das Ideal der Revolution sei politische und moralische Freiheit und die soziale Solidarität. Um diesen Zweck zu erreichen, sei die Vorkämpfung der Volksmassen unbedingt notwendig. Sarraut kam dann auf die Trennung von Staat und Kirche zu sprechen und begründete die Notwendigkeit dieser Reform, um alsdann auf Einzelheiten des sozialen Programms des jetzigen Kabinetts überzugehen. Er schloß mit der Erklärung, daß die in Vorschlag gebrachten Reformen nicht das endgültige Programm der Regierung seien sondern die Kundgebung der Nation. Ein wildes Land dieses Frankreich!

Amerika. Uncle Sam bekommt Appetit. Die „Angliederung“ Kubas an die Vereinigten Staaten wird sachte in die Wege getrieben.

Nach einer Meldung der Associated Press gingen dem Kriegsminister Taft von dem preussischen Gouverneur von Ruba, Wagon, Nachrichten zu, nach denen in verschiedenen Teilen Kubas die Lage mehr oder weniger unruhig ist und von ziellosen Banden Minderungen begangen werden. Auf Eruchen Wagens ordnete General Bell beträchtliche Verstärkungen der amerikanischen Garnison Kubas an. Zum ersten Male seit der Besetzung Kubas durch die Amerikaner waren amerikanische Truppen genötigt, die Unterdrückung von Unruhen zu unternehmen, anstatt diese Aufgabe der kubanischen Bandenmilitärs zu überlassen. Es wird hier „in einigen Kreisen“ als Anzeichen dafür angesehen, daß die kubanischen Zivilbeschwerden nicht imstande sind, den Frieden auf der Insel dauernd aufrecht zu erhalten.

Die Schlußfolgerung daraus ist leicht gezogen. Soll auf Kubas Friede herrschen, damit die Panzers ungehindert der Reichstumschöpfung obliegen können, so muß Kubas annektiert werden.

Aus den Nachbarstaaten.

Reich. 5. Januar. (E. B.) Anmeldung der Militärpflichtigen. Die Militärpflichtigen, welche im Jahre 1907 20 Jahre alt werden, sowie alle vor 1887 Geborenen, über deren Dienstpflicht noch nicht endgültig entschieden ist, haben sich vom 15. Januar bis 1. Februar im Meldamt, Steinstr. 7, persönlich zu melden. Auswärtig Geborene haben die ständesamtliche Geburtsurkunde oder den Wohnungsschein vorzulegen.

Reich. 4. Januar. (W. B.) Kein zweites Krankenhaus? Eine bisher unvorhergesehene Mitteilung, die auch im Better Anzeiger gestanden hat, geht dahin, daß die Verwaltung des Knappdichters-Krankenhauses Vergamantstr. in Halle beabsichtigt haben soll, in Reitz ein zweites Krankenhaus zu bauen, weil Reitz für den Kohlenbezirk Reitz-Reinleins der günstigste Ort sei. Die Verwaltung der Stadt Reitz soll ein solches Anerbieten aber abgelehnt haben, um das künftige Krankenhaus nicht zu schädigen. Wir wissen nicht, ob diese Nachricht auf Wahrheit beruht, sollte das aber der Fall sein, so wäre das nach unserer Meinung ein Standpunkt der Stadtverwaltung, wie er rüchldändiger kaum sein könnte. Alle Tage ereignen sich im Bergbau die allerhöchsten Unglücksfälle, die Verletzten, die hoch der allerhöchsten Hilfe bedürfen, müssen immer erst — notwendig — verbunden zu werden, bis ihnen ordentliche Hilfe in Halle zuteil wird. Mit vergehen Stunden und halbe Tage, bis sie durch einen Zug nach Halle befördert werden können. Wenn also für solche Unglücksfälle ein günstiger gelegenes Krankenhaus geschaffen wird, in dem schneller Hilfe geschafft und damit vielleicht manches Menschenleben erhalten werden kann, dann dürfte unter keinen Umständen ein solches Rettungswort hinter Geldinteressen zurückbleiben. Wartet man das Leben und die Gesundheit unserer Vergleute so gering, daß man ein derartiges Unternehmen ablehnt? Wir hoffen, daß jene Nachricht sich als falsch erweist; sollte es aber nicht der Fall sein, dann müßte die Knappdichterkasse mit allen Mitteln daran arbeiten, daß der Widerstand der Stadtverwaltung beseitigt wird.

Aus dem Reich.

Freiburg i. B. Selbstmord. Die 26jährige Studentin der Mathematik Simons aus Hirschland hat sich aus noch nicht ermittelten Motiven vor einen Eisenbahnzug geworfen und überfahren lassen. Sie war sofort tot.

Lokalfire für Reitz-Weichenfels-Kaumburg.

Folgende Lokale stehen im Kreise den Parteigenossen zur Verfügung größerer Versammlungen zur Verfügung:

- Reitz.** St. Stephan. Wilhelmshöhe. Kämpfers Restaurant, Schützenstraße. Dianaaal. Deutscher Kaiser. Arbeiterallianz.
- Kaumburg.** Gasthof des Herrn Krefle.
- Reichenbach.** Restaurant Franz Rude.
- Freienbach.** Gasthof des Herrn R. Reichardt.
- Reichenbach.** Gasthof zum Deutschen Haus.
- Reichenbach.** Gasthof zur Waage.
- Reichenbach.** Gasthof zur Mühle.
- Reichenbach.** Gasthof zur Linde.
- Reichenbach.** Gasthof des Herrn Seyfert.
- Reichenbach.** Gasthof des Herrn Jahr.
- Reichenbach.** Gasthof zum blauen Stern.
- Reichenbach.** Gasthof des Herrn Herzog.
- Reichenbach.** Gasthof Glüd Auf.
- Reichenbach.** Restaurant zur Quelle.
- Reichenbach.** Gasthof des Herrn Müller.
- Reichenbach.** Gasthof des Herrn Wüthner.
- Reichenbach.** Gasthof zum Weihen Reitz.
- Reichenbach.** Gasthof bei Raina. Gasthof des Herrn Krefle.
- Reichenbach.** Gasthof des Herrn Große in Klein-Ka.
- Reichenbach.** Gasthof in Weichenfels.
- Reichenbach.** Gasthof in Schleinitz.
- Reichenbach.** Gasthof zum grünen Baum.
- Reichenbach.** Gasthof des Herrn Juch in Stadelberg.
- Reichenbach.** Gasthof des Herrn Juch in Stadelberg.
- Reichenbach.** Zentralhalle. Stadt Kaumburg. Schwarzer Adler.

Außer diesen Lokalen mit Sälen gibt es noch in den Städten eine Anzahl kleinerer Restaurants, die ebenfalls für die Arbeiter zu haben sind. Man findet diese Lokale leicht heraus, wenn man sich in ihnen das Volksblatt setzen läßt.

Wir ersuchen alle Parteigenossen, vorkommende Lokale bei Vergnügen, Ausflügen u. s. w. zu benutzen. Alle anderen Lokale stehen der Arbeiterklasse nicht zur Verfügung, deshalb muß es Pflicht aller zu unserer Partei gehörenden sein, diejenigen zu unterstützen, bei denen wir unsere Beziehungen besprechen können. Besonders bei Ausflügen müssen unsere Parteigenossen obige Lokale zur Einfuhr benutzen, resp. ihre Ausflüge nach jenen Orten einrichten. Je besser das unsere Genossen besorgen, desto eher werden uns alle Lokale offen stehen.

Wir ersuchen deshalb, sich die obige Liste auszusuchen und aufzubewahren.

Reitz. Der Zentralvorstand.

Verantwortlicher Redakteur: Oskar Fröhlich in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Januar

8

Dienstag

Grosser

Besonders zu empfehlen sind:
Winter-Paletots
Winter-Joppen
Jackett-Anzüge
Knaben-Anzüge
Knaben-Joppen

Mit morgigem Tage eröffne ich in allen Abteilungen einen **grossen Inventur-Ausverkauf.** Die Preise sind ganz bedeutend herabgesetzt, teilweise bis zur Hälfte des bisherigen Preises. **Extra-Rabatt** auf alle nicht zurückgesetzte Waren.

S. Weiss, Halle a. S. Grösstes Spezial-Geschäftshaus der Provinz Sachsen.

Als Prämie für unsere Leser liefern wir zum Vorzugspreis von 3¹/₂ M. **Franz Grillparzers sämtl. Werke.**

Neue, illustrierte Pracht-Ausgabe. Herausgegeben von Rud. von Gottschall. Diese Ausgabe ist nur erhältlich in unserer Volks-Buchhandlung, Garz 42/43 und bei A. Leopoldt, Reitz. Versand nach auswärts 1 Exemplar gegen Einfindung von 4 M.



Geld und Mühe erspart man durch **Waschpulver Reform.** Dasselbe gibt blütenweiße, völlig geruchlose Wäsche. Überall käuflich. **Waschpulverfabrik „Reform“, G. m. b. H., Mülheim (Rhein).**

Restaurant Steinweg 9, Eugen Müller, empfiehlt seine Lokalitäten zur gefälligen Benutzung. 12 Jahre Gauthersches Bier.

Waschgefäße dauerb., billig. Zander, Gr. Klausstr. 12. Mitglieder des Rabatt-Spar-Vereins.

Elegante Kleidersekretäre 28 M., Wert 34 M., Schreibische 34 M., Sofas 38 M., Stühle, Bettst., Matratzen zu verkaufen. K. Bieler, Albrechtstr. 39.

Tüchtige Maschinenschlosser finden dauernde Beschäftigung. **Meistring & Rodewald** G. m. b. H. Gangerhaußen.

Die deutsche Sozialgesetzgebung. Invaliden-, Unfall- und Kranken-Versicherung. Erläutert an praktischen Erfahrungen vom Arbeiter-Sekretär M. Galdenberg, Halle a. S. Preis 20 Bfg.

Die neuen Steuern, wie sie wurden und was sie bedeuten. Mit einem Schlußkapitel: Agrarisch-kapitalistische u. sozialdemokrat. Steuerpolitik. Von Ed. Bernstein. Preis 30 Bfg. **Volksbuchhandlung,** Halle a. S., Garz 42/43.

Stadt-Theater in Halle a. S.

Direktion: H. Richards.
Dienstag den 8. Januar 1907:
112. Abonnem.-Vorstellung. 4. Viertel.
Umtauschkarten gültig.

Die Geisha

oder:
Eine japanische Fuchselgeschichte.
Operette in 3 Akten von Owen Hall.
Musik von Sidney Jones.

Mittwoch den 9. Januar 1907:
Nachmittags 3 1/2 Uhr:
15. Weihnacht-Kinder-Vorstellung
zu ermäßigten Preisen.

Knospfögen.

Märchenpiel mit Gesang und großem
Ballset sowie einem Verpiel:
Der Weihnachtengel.

Nach dem Grimmschen Märchen
bearbeitet von Oscar Will.
Original-Musik von G. Piepe.

Abends 7 1/2 Uhr:
113. Abonnem.-Vorstellung. 1. Viertel.
Umtauschkarten gültig.

Novität!
Zum 3. Male: **Novität!**
Eine lustige Doppel-Ghe.
Schwaab in 3 Akten v. Kurt Kraop.

en gros.

**Masken,
Narrenkappen,
Karnevalsartikel**
in größter Auswahl billigst.
Preisliste zu Diensten.
Adler & Co.,
Halle a. S., Frankstr. 18.

Zuckerhonig
1 Pf. 24 Pfg.
Alfred Apelt,
Leipzigerstraße 8.

Bayrischen Malz
gegen Kulturen und Gelerkeit empfiehlt
Max Rädler, Progie
Mannsfest. 2,
Ede Sternstraße.

Kohlenanzünder
wegen Umasa. Pat. 5 Wienno.
Franz Radloff, Mannsfest. 20.

Gehr. Möbel, Federbetten, Herren-
Kleider Kauf f. K. Schiller, Mühlberg 13

Kanarienvögel.
Mittwoch den 9. Januar
laute Kanarienhägen und
Pfeifen zu höchsten Preisen
im Zentralhotel. Montag.

Morgen Dienstag
Schlachtfest.
Hagen,
Brüderstraße 9a.

Morgen Dienstag
Schlachtfest.
Joh. Fischer,
Gr. Rosenstrasse 30.

Morgen
Schlachtfest
Max Zacher, Schleichweg 7.

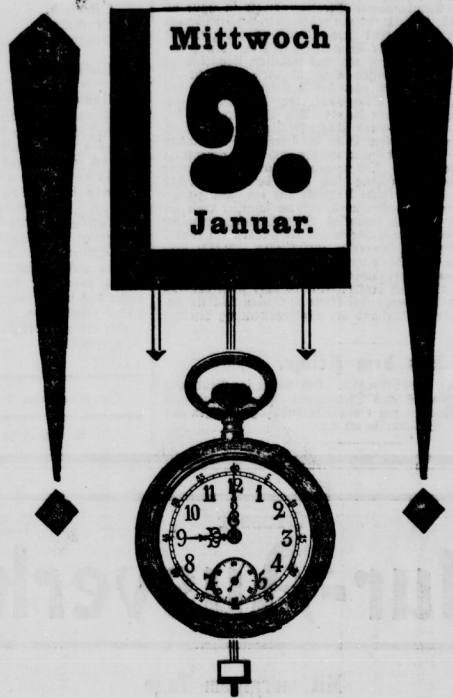
Sonnabend abend Dienstmans-Tasche
verl. von Streiberitz. Rud. Gammitt.
Luzmbr. Süßriedelstr. 111a u. Belohn.
abgabe. Wärmigerstr. 103. Cont. L. od.
Herrn Oskar Anders, Brunostraße 4.

Lehrling sucht sofort
oder Oben
Otto Nothe, Schkenditz.
Bauglaseri und Baufiglerer.

Die Neue Zeit.
Wochenschrift
der deutschen Sozialdemokratie.
Es sollte niemand versäumen, auf
Die Neue Zeit zu abonnieren.
Vierteljahrs-Abonnement 3.25 Pfg.
Einzel-Nummer 25 Pfg.
Bestellungen nehmen entgegen alle
Austräger und die
Volks-Buchhandlung.
Hars 42/43.

Beginn unseres

**Inventur-
Ausverkaufs**



Prüfen Sie Wir bieten Ihnen

die Lücken Ihres Leinen- und Wäscheschranks, Ihre Konfektion, Ihre Bestände an Glas, Porzellan, sowie sämtlichen Haushaltungs- und Bedarfs-Artikeln. Gelegenheit, diese Lücken durch gediegene Ware zu wohlfeilen Ausverkaufspreisen zu ergänzen und sich neue Vorräte in besonders vorteilhafter Weise zuzulegen.

ELKAN

Leipzigerstrasse 87,

Ecke Brauhausstrasse.

Mittwoch werden meine Geschäftsräume erst um **9 Uhr** geöffnet.

Apollo-Theater.

Direktion: Gustav Poller.

Das **Tagesgespräch** von Goll
bildet der diesmalige

grandiose Spielplan
mit seiner Welt-Attraktion:

Das Unglaublichste auf einer Bühne!

Am Nordpol.

Große Ausstattungspantomime, dargestellt von

30 lebenden Eisbären,
japanischem Krakenbär, Pavian, Sunden und Wommu.
Die Vorführung dieser

einzig in der ganzen Welt
existierenden Pracht-Sensation erfolgt durch den weltberühmten
Willy Hagenbeek jr., Hamburg.

Stürmischer Jubel und stürmischer Applaus

lohnt allabendlich diese

reizvolle, eigenartige Schaustellung!

Außerdem die herberragenden Attraktionen:

Georg Kaiser,

Berlins vornehmster Gesangs-Komiker, der Darsteller der Hauptrollen in allen Sündelichen Operetten, vom Apollotheater zu Berlin.

Mlle. Guapa,

preisgekrönte spanische Schönheit in ihrer Szene:
„La Guapa“ (Die Zigeunerin).

Humpsti-Bumsti,

der beste, komische Exzentrik-Act von Röss und Privat.
Um den Andrang an den Abendbissen zu vermeiden,
wird höflich gebeten, den Vorverkauf im Theater-Bureau
zu benutzen. Telefon Nr. 188.

Mittwoch den 9. Januar nachmittags 4 Uhr:

II. Schüler-Vorstellung
zu ermäßigten Preisen.

Außer einem eigens zusammengestellten Programm
Aufführung der Welt-Attraktion:

Am Nordpol.

Preise der Plätze: Loge und I. Rang 0.50 M., Saalplatz
0.30 M., Gallerie 0.15 M. erst. 5 Pf. Kind. Billetsteuer.

**Süsmilch's
Walhalla-Theater**

Heute sowie jeden Abend:
Louis Bouwmeester, der stürmisch bejubelte

Violinvirtuose; Meister der Technik und des Vortrags.
Laares-Truppe. 9 Tegernseer. **Adolf Böckl.**
Alexandra Fernandi, die preisgekr. Schönheit
und die übrige Schar ausserordener Künstler.

Preis 4. Plätze wie bekannt. Vorverkaufbillets in bek. Gesch.
Jeden Mittwoch nachmittags 4 Uhr: **Kinder-Vorstellung** nur
lebender Photographien. Belohrend! Unterhaltend!
Jeden Mittwoch vollständig neues Programm!
Kinder: Saal und II. Rang 10 Pfg. Erwachsene 20 Pfg.
I. Rang und Logen 20 Pfg., Erwachsene 30 Pfg.
Georg Säsmilch, Direktor und Eigentümer.

**Zur Reichstagswahl 1907.
Wandkarte der Provinz Sachsen.**

Ein Hilfsmittel, um die geographische Ausdehnung der Verwaltungskreise
genau festzustellen, ist he besonders für
Orts- und Kreis-Vertrauensmänner,
für jeden Flugblatt-Verteiler,
für jeden Reichstags-Wähler

unentbehrlich. Größe: Ein Quadratmeter. Sehr gut gearbeitet.
Für die Abonnenten des Volksblattes Preis 1 Mark.
Nach außerhalb inkl. Porto und Verpackung 1.25 Mark.
In bester durch

Die Volksbuchhandlung, Harz 42/43.

100 la Sprotti 80 M. Bütt. od. 1. al. Wert Volk's Bütt. ab 40 M.
marin. S. Der 1. Pfg. f. Post. 2 Stk. Braudale.
Tot. f. Ancho u. 1 Stk. f. Braudale! Alles für
3 1/2 M. g. M. **Alles franko.** E. DeGENER, Fischerer. Schwemünde 22.
1/2 Pfg. ab. 400 neue la Sprotti. wirtl. Fisch. Gerh. M. weigl.
13 M. 1/2 a 6 1/2! 80 a 3 M. 1/2 M. Anreiner. größte, aller-
Beste viel mit den 13 M. 1/2 a 7 M. 1/2 größte FFF Sprotti
Vorkaufpreis 1 1/2 M. 1/2 a 6 1/2 M. 1/2 a 6 1/2 M.

1. Beilage zum Volksblatt.

Fr. 6.

Seite a. z., Dienstag den 8. Januar 1907.

18. Jahrg.

Ein Rückblick auf das Jahr 1906.

a) Halle und Saalkreis.

Mai.

- Zur Maifeier in Halle findet vormittags ein impopulärer Spaziergang nach den Verfallenenorten statt.
- Bei der Firma Ritter, Piano- und Orgelbau, wurden 23 Tische zum Tage ausgespielt. Als Antwort auf diese Maßnahme der Firma beschloß sie, weitere zwei Tage zu feiern.
- In der Subwigstraße spielt sich die bekannte Affäre der Postei mit dem Arbeiter Goebbe ab.
- In der Stadteroberungsvermittlung wird die Errichtung einer Rechtsauskunftsstelle beschloßen.
- Bei einem Patentstreit an der Sekt- und Glasaufstraße werden die Arbeiter Öbert und Weder schwer verletzt und der Arbeiter Mappe getötet.
- Die Burgunne Viehhändler gehen vom Fiskus in städtisches Eigentum über.
- Dem Stadtrichter-Müller Richards wird von der Stadteroberungsvermittlung das Stadtrichteramt auf weitere fünf Jahre verpachtet. Mit 30 gegen 19 Stimmen wurde die Neuaufschreibung abgelehnt.

Wege Beladung des Privatstrafers

- Wegen Beladung des Privatstrafers Reich Eckardt wird Genosse Mollenhauer zu 50 M. Geldstrafe und Zahlung einer Buße in gleicher Höhe verurteilt.
- Die Behörde wird durch die Verurteilung am 25. August für die Gefährten fällt dank der Sauberkeit ihrer Organisation wenig ab.
- Wegen Beladung der Stromberg Polizei wurde Genosse Dünnig von der Strafkammer zu 300 M. Geldstrafe verurteilt, obwohl der Wahrscheinlichkeitsnachweis erbracht worden war.
- Die Stadtrichter fallen im Bellevue, Lindenstraße ihren Gattung ab.

Jan.

- Die Hühner werden auch in Halle ausgespiert.
- Der Gartenbetrieb des Volksparcs wird eröffnet.
- 48 Flugblattverbreiter vom roten Sonntag werden nach der Verurteilung des Staatsanwalts gegen das freisprechende Urteil des Schöffengerichts zu je 3 M. Geldstrafe verurteilt.
- Wegen Beladung des Gutsbesizers Zimmer in Hesse wurde Genosse Mollenhauer zu vier Wochen Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt, welcher eine poltische Lebensehre hielt, beantragte sechs Monate.
- Das Landgericht verurteilt die Verurteilung des Genossen Mollenhauer gegen das schöffengerichtliche Urteil, monoch nur der Genosse wegen Beladung des Privatstrafers Eckardt zu 50 M. Geldstrafe und zur Zahlung einer Buße in gleicher Höhe verurteilt worden war.
- Im Siechenhause verstarb der Arbeiter Karl Fischer, dessen Hinterbliebenen von Genossen Karl Köhler feierlich betrauert worden und ein großes Beerdigungswort zu sprechen.
- Bei der Firma Engelke u. Krause haben wegen Lohnsdifferenzen 83 Arbeiter die Kündigung eingereicht.

b) Aus den Nachbarkreisen.

Mai.

- Die Maifeier wird in allen Kreisen unter sehr starker Beteiligung begangen. In Artern treten die Mauerer in den Streit, in Landsberg wird der Mauererstreik strengt beendet.
- 3 Infolge der Maifeier werden in Zeitz Ausperrungen vorgenommen.
- Wischen den streifenden Verurteilten und den Unternehmern werden Verhandlungen angebahnt. Bei einer Dynamiteplosion in Jappendorf werden vier Arbeiter getötet. Die Mauerer in Artern beenden ihren Streit erfolgreich.
- Genosse Richter-Droßig erhält wegen angeblicher Verführung Beladung 13 Wochen Gefängnis.
- 21 Strafmandate werden in Weißenfels wegen Teilnahme an nicht angemeldeten Limguge (1. Mal) erlassen. In Weitzin wird Genosse Alton Schilling.
- Der große Werksarbeitermangel beschloßen die Freilassung des Streiks.
- In Sangerhausen bricht ein Streik der Mauerer und Zimmerleute aus.
- Die Stadterordneten Raumburg beschließen die Umwandlung der Dampf-Strahnenbahn in eine elektrische.

- Eine Woche Haft und eine Anzahl Geldstrafen erhalten in Zeitz mehrere Mauerer wegen Streikpostens. 16. Der Mauererstreik in Sangerhausen wird beendet.
18. 128 Strafmandate erhalten streifende Mauerer in Siedcau u. Umgegend.
19. Ausgespiert werden in den Papierfabrikarbeiten Krotzowin in Zeitz sämtliche Hühner und Gelehrter.
20. 21. Fall Massenverurteilungen der Bergarbeiter im Revier beschloßen mit 2868 Stimmen gegen 116 die Weiterführung des Streiks.
22. Vom Schöffengericht Zeitz u. erhalten drei Verurteilte je drei Tage Gefängnis wegen Vergehens gegen § 152, 153 der Gem.-Ordn.
23. Der Verbandsrat Thüringer Konsumvereine tagt in Weißenfels. Die Paulsarbeiter in Weißenfels treten in den Ausstand.
24. 420 Metallarbeiter der Zeitz Glanzschmelze erhalten ihre Kündigung. Die Verhandlung des Bergarbeiterstreiks wird beschloßen. In Mühlberg wird der Mauererstreik zu Ende geführt. 27. Eine Verurteilung unter freiem Himmel wird in Großlehna ohne Angabe von Gründen verboten.
28. Das Schöffengericht Zeitz verurteilt einen Monat Gefängnis gegen einen streifenden Bergarbeiter.
30. In Weißenfels wird der Bauarbeiterstreik beendet. 31. Auf einzelnen Werken im mitteldeutschen Revier drohen neue Ausstände.

Jan.

8. In Greppin stirbt Genosse Karl Wolf, in Pölich Genosse Hob. Wötter.
14. Auf dem Eisenwerk Rauchhammer werden Maßnahmen vorgenommen.
15. In Braunen erhalten vier ein Sozial.
21. Vom Schöffengericht Zeitz wird ein Bergmann wegen angeblicher Beladung eines Oberleiters zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.
25. Fünf Monate Gefängnis und 180 M. Geldstrafe verhängt das Schöffengericht Zeitz gegen streifende Verurteilte. In Weitzin erhält Genosse Scheuch drei Wochen Gefängnis wegen Oberleitersbeladung.
28. Zum Wohlwärtigen der Schulmänner in Weißenfels wird Genosse Soppert gewählt.
29. In Weißenfels wird der Tischlerstreik beendet.

Halle und Saalkreis.

Halle, 7. Januar.

Heute abend

8 1/2 Uhr findet im Bellevue, Lindenstraße, eine große öffentliche Versammlung statt. Man forse für Massenbesuch. Auch Frauen haben Zutritt.

Oeffentlich bemerkbare Arbeiten

beschäftigten gehen wieder die Gerichte. Seit der Gehlag von Januar u. z. nach sozialdemokratischen Flugblattverteilungen scheinen unsere Polizeigezente ziemlich verpöcht darauf zu sein, an Sonntagen irgend eine öffentlich bemerkbare Arbeit zu erlauben. Sollte doch jüngst eine alte Frau aus Zeitz den durch gegen ihre Verbindung vom 27. Oktober 1905 verfahren haben, daß sie sich Sonntag eines Eimer voll Wasser von der Pumpe holte. Natürlich wurde die Frau freigesprochen. Durch solchen polizeilichen Verleber werden den Gerichten aber viele unnütze Arbeiten bereitet. Auch der Arbeiter Schumann von Landsberg hatte sich eines Sonntags in seiner Scheune damit beschäftigt, daß er etwas Holz zum Feueranmachen spaltete. Der Polizeigezant Matuffel, der ein sehr feines Gehör haben muß, weil die Holzspalterei nach neun Uhr morgens bei seinem Patrouillengang auf der Straße gehört und den Sabbatschänder bei der Tätigkeit überahcht haben. Der Freiler erhielt ein Strafmandat, weil er Sonntags eine geruchvolle Arbeit verrichtet haben sollte. Er beantragte nur dem Schöffengericht Entschuldung der Streittage und behauptete, der Polizeibeamte habe ihn nur deshalb angezeigt, weil letzter einmal von ihm denunziert worden sei. Während der Angeklagte behauptete, er habe nur ein wenig Holz zum Feueranzünden gespalten, sagte der Polizist, der Angeklagte

habe Bäume zum Kleinhand an gekauft. Die Geschichte endete damit, daß der Sabbatschänder mit zwei Mark Geldstrafe zu einem Tag Haft belegt wurde.

Vom Schöffengericht nach dem Landgericht, von dort nach dem Kammergericht, dann wieder nach dem Landgericht, von dort wieder nach dem Kammergericht und dann wieder nach dem Landgericht wanderte die Sache des Milchhändlers Schwente von hier, der ebenfalls eines Sonntags nach 10 Uhr morgens eine geruchvolle Arbeit verrichtet haben sollte. Schwente hatte nämlich mit einem kleinen Wagen Milch vom Bahnhof geholt und war damit durch die Lindenstraße nach seiner in der Subwigstraße belegenen Wohnung gefahren. Verkauf hatte Schwente die Milch damals nicht. Ein Polizist wartete aber eine Sonntagsbeladung, und Schwente erhielt ein Strafmandat über drei Mark. Das Schöffengericht sprach ihn aber auf Berufung gerichtlich Entschuldung frei, da ein solch kleiner Wagen nicht geeignet ist, demerbares Geruch zu machen. Die Strafkammer bestrafe aber Schwente auf die Berufung des Amtsanwaltens hin mit einer Mark Geldstrafe und hielt es für notwendig, ob der kleine Wagen ein Geruch gemacht habe oder nicht; es genüge, daß die Arbeit in dem Milchwagen öffentlich bemerkbar gewesen sei. Auf die Berufung Schwentes wies das Kammergericht die Sache an die Bezirkslang jurist da jene vom Oktober 1905 angezeigte Verordnerung zur Zeit noch nicht in Kraft gewesen sei. Der Angeklagte wurde aber dann auf Grund einer ähnlichen Verordnerung wieder mit einer Mark bestraft. Der Angeklagte wurde sich dann wieder an das Kammergericht und dies wüschigte nummer je zufallen, ob Schwente auf dem Wege vom Bahnhof nach seiner Wohnung Milch verkauft habe. Nach Zurückweisung an die Bezirkslang kam das hiesige Landgericht dann schließlich doch zur Freisprechung Schwentes, da nicht festgestellt werden konnte, daß Angeklagter auf dem Wege vom Bahnhof nach seiner Wohnung Milch verkauft habe. — Wahrscheinlich viel gerichtliche Arbeit wegen eines kleinen Milchtransport.

Viehändler und Landwirte.

Wir berichten jüngst unter der Spalte: Das nationale Rindvieh vor dem Kriegsgericht, über einen schungsmäßigen Viehhändler, durch den der Herrscher Moses von Göttern und mehrere Landwirte aus der dortigen Gegend stark kompromittiert wurden. Es wurde im Kriegsgericht, vor dem ein Feldwebel, der die Scheweine von dem Tag gebracht hatte, angeklagt, aber freigesprochen worden war, zum Ausdruck gebracht, daß der Staatsanwalt die Sache untersuchen möge. Am Sonntags kam in der Angelegenheit vor der hiesigen Strafkammer ein kleines Vorspiel zur Verhandlung. Ein Landwirt Kaiser hatte an Moses am 24. April v. J. eine abgemagerte frische Kuh und ein dazu gehöriges Kalb für zusammen 100 Mark verkauft. Das Vieh hatte am 17. April getalbt und sah sehr ruppig aus. Anfang Mai meldete sich der kleine Landwirt Baum aus Burgörner bei Heffenthal bei dem Viehhändler Albert Moses, in der Absicht, eine frisch-malende Kuh zu kaufen. Moses hat dem Baum die frische Kuh und das Kalb für einen Preis von etwa 50 Mark an. Auf Baum machte das Vieh keinen guten Eindruck; er ging weg und sagte, er wolle erst einmal mit seiner Frau werden. Da aber das Vieh knapp war, kam Baum wieder und kaufte die Kuh, die damals getalbt hatte, "berührt" in einer Ecke lag und nicht transportfähig war. Als Baum das Tier trotzdem, "per pedes" mitnehmen wollte, sagte Moses, es habe erst vor sechs Tagen (das war unrichtig) getalbt und könne nicht laufen. Baum merkte auch, daß die "alte Dame", so nannte man das Vieh im Bericht, das Jähren in den Beinen hatte. Er hatte deshalb einen Wagen und ließ sich die Kuh allein für 275 Mark aufhängen. Am 8. Mai ließ Baum einen Tierarzt holen, und am 13. Mai nach das Vieh in seinem Stall. Es war lungentranke gewesen, und der kleine Landwirt Baum war erheblich geschädigt worden. Charakteristisch für den Verkäufer, Landwirt Kaiser, ist, daß er bei dem Verkauf der billigen Kuh von deren Lungentranke nichts gewußt haben will. Auf den

(Nachdruck verboten.)
52 Der Holzhändler.
Roman von Max Kasper.
Unter der Hosen, schon total betrunken, langte im Zimmer, was eigentlich nur ein Wollensack mit den Stiefeln war, und kramerte dabei immer dabei: „Ja-ja-ja-ja.“ Eine Hühnermonita wurde angestimmt, und der Kriminalrat erionte, den nun alle gemächlich zu gehen begannen, bis auf den einen, der immer noch sein: „Ja-ja-ja-ja“ dröhnte. Zwei unarmen sich dann und küßten sich, bis die ganze Bande den Kriminalrat zu lampnen begann. Lo das das Haus von dem Mann wiederkehrte. Der Julegeruch drang bis auf den Flur.
Mutter wügte, eine üppige Person mit verschommenen, aber nicht unshönen Zügen, hat den Herrn Grafen und die Herren in das Gastzimmer hinein, in dem ein schwarzes Sofa, drei Tische und einige Stühle standen. Ein letztes Brottage auf dem Esstisch, neben dem der Stffel auf der Unterstufe lag zeugte davon, daß er schon vor kurzem ein Gast des verfallenen haben müße. Es jagt der Kriminalrat gewiesen, der wie gewöhnlich seine drei Glas gerunnen habe, meinte die geschwähne Wirtin, die sofort mit ihrer Schütze über Tisch und Stühle fuhr.
„Der Herr Graf haben mir ja lange nicht die hohe Ehre gegeben.“ Und wie er nachdem sie mit Eilner einen verfluchten Handdrück ausgetauscht hatte. Auch Eilners kamme sie wieder, der schon wiederholt hier eingekauft war. Die Herren möchten sich nur einen Augenblick gebulden, sie werde vom Wessen nehmen, womit sie den Mann meinte. Auch im Ofen werde sie noch nachsetzen, damit es hüßlich warm im Zimmer bleibe. Und was die Halden drüben anbeträße, so werde sie ihnen gleich ganz gehörig das Maul stopfen.
Der Förster meinte, er werde ihr in dieser Beziehung bestehen, sonst besitze noch das Dach von dem Gehüll. In Wahrheit folgte er ihr aber nur, um vor dem Grafen erst einen Kolloblign zu nehmen, dem er den schönen Namen „Madenbrenner“ gegeben hatte, weil er den bestimmten Meinung war, daß der General Krotzowich 1812 Moskau wieder in Brand gesetzt habe.
Hald dampfte der Graf vor ihnen auf dem Tisch und läste

die Jungen. Durch die Fenster erblickten sie den Wald mit seinen bemooften, schwärzverweirten Stämmen. Eilner und der Regementer saßen freier wäthern, schon vor dem Holzhändler an dem Sofa angekommen hatten. Die Schon innerwegs hatte Eilner immer aus neue Berechnungen angejelt, nun kam auch zur nochmals eingehend darauf zurück. Schließlich waren sie mit dem Regementer wieder allein.
Eilner hatte sich aus neue entriert. Er wolle sich nur einmal erdungen, was die „Marzell“ made, die Tochter der Mutter König, die nicht ganz auf dem Flosten sei. Eigentlich war es ihm nur um einen zweiten Kolloblign zu tun, der ihm trotz des Grögs noch immer fallt lie — wie eine Hundeschwauze“, wie er zu der Wirtin meinte.
Da er Wirtner war, so benötigte er gleich die Gelegenheit, mit der Wirtin in der Wohnstube ein wenig schon zu tun und ihr Schmeichelein zu sagen, die sie bereits bis zum Ueberdruß kannte. Der Mann war lange Jahre Kollege von Eilner gewesen, eines Tages aber von Wirtin befallen worden. Da er aus Eilners eine Personenscheidung gab, so hatte sie mit einem kleinen Erbeil und einigen Erparnissen diesen Krug hier gepachtet, der Eigentum des Grafen war.
Um sich erkennen zu zeigen, hatte Zug die Nacht sehr niedrig bemessen, trotzdem hoffte sie immer er werde sie eines Tages ganz baldfrei machen lassen, schon weil ihr Mann das Leben in seinen Diensten gelassen hatte.
„Nun, wie geht's, Altesden?“ fragte sie vertraulich. „Nun Herr hat ich ja lange nicht bilden lassen. Immer wenn er kommt, bringe er den Holzhändler mit. Es soll wohl schon wieder gelaghen werden?“
Eilner lächle sich mit der Handfläche über ihren vollen Oberarm, was sie ihm aber sofort summen unterlegte mit einem Blick auf die Wirtin. „Nun, es geht schon gut, die Wirtin“ lag ein vierdreihundertfüß Dina mit umrunden Busenmagen und beweglichen Augen. Sie hatte sich den Fußhoo vernad und mußte nun „Schonung“ halten, wie sie zu dem Förster gelangt hatte.
„Natürlich sich wieder gelaghen werden“, gab der Förster lachend zurück. „Wir werden nachher gleich die Stimme läßt ein wenig geh“, fuhr doppel und ein wenig überhört über alle noch mal der Schlag treffen, wenn's u weiter geht.“
Ein raffiges Lachen kam aus seiner Regle dann begann er auf sie neue an einem Arme zu fächeln, ließ sie ihm schließ-

lich einen Klaps auf die Sand gab. „Nun, und der junge Herr? Wie ist's mit der Heirat?“
„Wie? Wie Sie geworden, wie mit der Geschäftsführer erjährt?“ Der Wirt also wohl als junger Herr herr nicht mehr eingehen.“
„D jemen“, kam es siepjend vom Sofa her. „Was für'n schöner, junger Beutnant, unser Herr Graf. Und er soll nicht mehr ins Schloß gehen? Vorigen Sommer hat er mich noch zum Raizer geladen. Ich sollte dann Junger bei seiner Frau werden. Bleibt Du, Mutter, wie er vorritt, damals auf Urlaub, und so recht freundlich zu uns war. Jungler bei der Frau Grafin hätte ich gern werden wollen.“
„Nun hör doch einer die Marzell, u'n Kiefinsdiest. Dir steht wohl mehr der Leutnant in der Ras Beg' dich lieber auf beide Ohren zu gleicher Zeit, Tine. Herr nicht auf alle!“
„Der liebe Gott hat mit doch die Ohren zum Hören gegeben. Herr Eilner“, erwiderte sie maulend. „Der Herr Leutnant ist besser, als alle zusammen, die hier rumlaufen. Feiner denkt an mich, er aber hat an mich gedacht. Bleibt Du, Mutter, den schönen Besulmeilbring, den er mir mitgebracht hat. Ich will auch nach Berlin. Wenn hier mal ein neuer Herr kommen sollte, dann verlaufen mir alles und gehen nach Berlin. Da gibt es schöne Schauenfester, wahr, Mutter?“
Eilner lächle schallend aus, trante sich mit beiden Händen zugleich in seinem kräftigen Hinterbackenbären und zwifte dann an seinen verbitterten Bart. „Die Marzell, will nach Berlin es sich zum Zolobadener, sagte er dann. „Der Leutnant steht ja jarnich in Berlin, er steht in Potsdam, Du kleiner Dummerjahn.“
„Wenn auch, Berlin liegt bei Potsdam“, maunte sie auf sie neue.
Eilner hatte dann „was mit Mutter König zu fischen. Wenn's nichts schief gehen sollte, so legen wir beide unsere Herzen zusammen und ersehen ganz Lugende auf Subhofa“, raunte er ihr gemüßlich zu. „Dann werden Sie am Ende noch Herrsherrin.“
„Sie sind verträut geworden, Altesden“, gab sie zurück und wußte sich dann ausfchalten vor Eilner. „Nun, wenn Sie, Kruten Sie lieber noch einen Kollob. Die Hände da krühen brüllt wieder, als wäre Polen immer noch nicht besetzen, Ich muß auch gehen, was die Herren machen.“
(Fortsetzung folgt.)

Winnens des Verdicts... Es frage sich nun, ob in dem hier geführten Verfahren (mehrere Protokollführer und gleichzeitige Stimmabgabe mehrerer Wähler) ein solcher Verstoß gegen die unerlässlichen Wahlvorschriften liegt, der auf jeden Fall zur Ungültigkeit der Wahlen führen würde. Das sei zu verneinen. Es gebe keine gesetzliche Vorschrift, in welcher Weise die Stimmen abgegeben werden sollten, abgesehen von der, daß sie laut und deutlich vor dem Wahlvorstand in Protokoll zu erklären sei. Es sei also nicht unterlag, daß mehrere gleichzeitig vor dem Tisch träten, die Stimme an verschiedenen Stellen der Tafel des Tisches abgeben und es gleichzeitig täten. Das Verfahren könne ja unangemessen sein, es könne dahin führen, daß die Möglichkeit, alle Stimmen zu vernehmen, ausgeschlossen werde. Das wäre indessen hier aber nicht erwiesen. Es könne deshalb hier keine erhebliche Unregelmäßigkeit darin gefunden werden, so daß es unmöglich sei, die angeforderten Wahlen für ungültig zu erklären. Ihre Gültigkeit müsse anerkannt werden.

Wie das Gericht entschieden hätte, wenn nicht gerade die bürgerliche Seite gefordert hätte, ist wahrscheinlich schwer zu sagen.

Anmeldung zur Stammrolle.

Die Militärbehörde erstift folgende Bekanntmachung: Gemäß § 25 der Verordnung haben sich die Militärpflichtigen in der Zeit vom 15. Januar bis 1. Februar zur Aufnahme in die Musterungs-Stammrolle anzuwenden und diese Leistung allfällig zu wiederholen, bis eine endgültige Entscheidung über ihr Militärverhältnis getroffen worden ist. Die im Jahre 1887 u. a. m. wärts geborenen Militärpflichtigen haben bei der Anmeldung einen vom zuständigen Standesamt (nicht vom Vormund) ausgefertigten Geburtschein, welcher für Militärzwecke kostenfrei erteilt wird, vorzulegen; für die in Halle a. S. und in den eingemeindeten Vororten 1887 geborenen Militärpflichtigen sind Geburtsheime zur Anmeldung nicht erforderlich. Militärpflichtige älterer Jahrgänge haben die letzte Musterungs-Vorladung bzw. Zugewogene den Wohnsitz mitzubringen.

Die Anmeldungen erfolgen im Militär-Bureau, Rathausstraße 4, II. Eingang Kleine Steinstraße, vormittags von 9-1 und nachmittags von 3-5 Uhr und zwar:

Dienstag, den 15. Januar Jahrgang 1884	und eventuell ältere, sowie vom Jahrgang 1885 folge, deren Familienamen mit dem Namen des Vaters anzugeben.	A-G
Dienstag, 16. Januar, Jahrgang 1885, Anfangsbuchst.	A-G	A-G
Dienstag, 17.	1885,	L-R
Dienstag, 18.	1885,	B-Z
Samstag, 19.	1886,	A-G
Montag, 21.	1886,	A-G
Dienstag, 22.	1886,	L-R
Mittwoch, 23.	1886,	B-Z
Dienstag, 24.	1887,	A-G
Freitag, 25.	1887,	L-R
Samstag, 26.	1887,	B-Z
Montag, 28.	1887,	A-G
Dienstag, 29.	1887,	L-R
Mittwoch, 30.	1887,	B-Z
Dienstag, 31.	1887,	A-G

Wer die vorgeschriebene Anmeldung unterläßt, wird mit Geldstrafe bis zu 30 Mark oder mit Haft bis zu drei Tagen bestraft.

Achtung, Wale! Die Exere über die Firma W. Bander, Niemeyerstraße 23, besteht unverändert weiter.

Die Dreizehntausend.

Verstorbene ist in der Freitag den 13. Januar, schwerem Leiden im Alter von noch nicht 30 Jahren als Opfer der Brustkrankheit (Pneumonie) der Wale Ferdinand Ulm. Der Verstorbene war seiner Gewerthalt ein tätiges und treues Mitglied, als Parteigenosse trat er stets für die Befreiungen der Arbeiterthätigkeit ein, welche ihm auch ein dauerndes Andenken bewahren wird. Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Kapelle des Südrfriedhofes aus statt.

Die Sitzung der Gewerbeausschüsse findet am Mittwoch, den 9. Januar, u. s. w. statt. Mit Rücksicht auf die Wahlbewegung wird die nächste Sitzung erst Mittwoch, den 13. Februar, stattfinden.

Ein schwerer Diebstahl. Von einem Spelger wurde ein Blos Sinn im Gemachte von 60 Pfd. gefohlen. Das Blos hatte einen Wert von 120 Mark und wird wahrscheinlich in kleinen Etüden Althändlern zum Kaufe angeboten werden.

Wann gelegentlich zwei Wähler gleichzeitig ihre Stimme abgeben. Es frage sich nun, ob in dem hier geführten Verfahren (mehrere Protokollführer und gleichzeitige Stimmabgabe mehrerer Wähler) ein solcher Verstoß gegen die unerlässlichen Wahlvorschriften liegt, der auf jeden Fall zur Ungültigkeit der Wahlen führen würde. Das sei zu verneinen. Es gebe keine gesetzliche Vorschrift, in welcher Weise die Stimmen abgegeben werden sollten, abgesehen von der, daß sie laut und deutlich vor dem Wahlvorstand in Protokoll zu erklären sei. Es sei also nicht unterlag, daß mehrere gleichzeitig vor dem Tisch träten, die Stimme an verschiedenen Stellen der Tafel des Tisches abgeben und es gleichzeitig täten. Das Verfahren könne ja unangemessen sein, es könne dahin führen, daß die Möglichkeit, alle Stimmen zu vernehmen, ausgeschlossen werde. Das wäre indessen hier aber nicht erwiesen. Es könne deshalb hier keine erhebliche Unregelmäßigkeit darin gefunden werden, so daß es unmöglich sei, die angeforderten Wahlen für ungültig zu erklären. Ihre Gültigkeit müsse anerkannt werden.

Wie das Gericht entschieden hätte, wenn nicht gerade die bürgerliche Seite gefordert hätte, ist wahrscheinlich schwer zu sagen.

Anmeldung zur Stammrolle.

Die Militärbehörde erstift folgende Bekanntmachung: Gemäß § 25 der Verordnung haben sich die Militärpflichtigen in der Zeit vom 15. Januar bis 1. Februar zur Aufnahme in die Musterungs-Stammrolle anzuwenden und diese Leistung allfällig zu wiederholen, bis eine endgültige Entscheidung über ihr Militärverhältnis getroffen worden ist. Die im Jahre 1887 u. a. m. wärts geborenen Militärpflichtigen haben bei der Anmeldung einen vom zuständigen Standesamt (nicht vom Vormund) ausgefertigten Geburtschein, welcher für Militärzwecke kostenfrei erteilt wird, vorzulegen; für die in Halle a. S. und in den eingemeindeten Vororten 1887 geborenen Militärpflichtigen sind Geburtsheime zur Anmeldung nicht erforderlich. Militärpflichtige älterer Jahrgänge haben die letzte Musterungs-Vorladung bzw. Zugewogene den Wohnsitz mitzubringen.

Die Anmeldungen erfolgen im Militär-Bureau, Rathausstraße 4, II. Eingang Kleine Steinstraße, vormittags von 9-1 und nachmittags von 3-5 Uhr und zwar:

Dienstag, den 15. Januar Jahrgang 1884	und eventuell ältere, sowie vom Jahrgang 1885 folge, deren Familienamen mit dem Namen des Vaters anzugeben.	A-G
Dienstag, 16. Januar, Jahrgang 1885, Anfangsbuchst.	A-G	A-G
Dienstag, 17.	1885,	L-R
Dienstag, 18.	1885,	B-Z
Samstag, 19.	1886,	A-G
Montag, 21.	1886,	A-G
Dienstag, 22.	1886,	L-R
Mittwoch, 23.	1886,	B-Z
Dienstag, 24.	1887,	A-G
Freitag, 25.	1887,	L-R
Samstag, 26.	1887,	B-Z
Montag, 28.	1887,	A-G
Dienstag, 29.	1887,	L-R
Mittwoch, 30.	1887,	B-Z
Dienstag, 31.	1887,	A-G

Wer die vorgeschriebene Anmeldung unterläßt, wird mit Geldstrafe bis zu 30 Mark oder mit Haft bis zu drei Tagen bestraft.

Achtung, Wale! Die Exere über die Firma W. Bander, Niemeyerstraße 23, besteht unverändert weiter.

Die Dreizehntausend.

Verstorbene ist in der Freitag den 13. Januar, schwerem Leiden im Alter von noch nicht 30 Jahren als Opfer der Brustkrankheit (Pneumonie) der Wale Ferdinand Ulm. Der Verstorbene war seiner Gewerthalt ein tätiges und treues Mitglied, als Parteigenosse trat er stets für die Befreiungen der Arbeiterthätigkeit ein, welche ihm auch ein dauerndes Andenken bewahren wird. Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Kapelle des Südrfriedhofes aus statt.

Die Sitzung der Gewerbeausschüsse findet am Mittwoch, den 9. Januar, u. s. w. statt. Mit Rücksicht auf die Wahlbewegung wird die nächste Sitzung erst Mittwoch, den 13. Februar, stattfinden.

Ein schwerer Diebstahl. Von einem Spelger wurde ein Blos Sinn im Gemachte von 60 Pfd. gefohlen. Das Blos hatte einen Wert von 120 Mark und wird wahrscheinlich in kleinen Etüden Althändlern zum Kaufe angeboten werden.

Wann gelegentlich zwei Wähler gleichzeitig ihre Stimme abgeben. Es frage sich nun, ob in dem hier geführten Verfahren (mehrere Protokollführer und gleichzeitige Stimmabgabe mehrerer Wähler) ein solcher Verstoß gegen die unerlässlichen Wahlvorschriften liegt, der auf jeden Fall zur Ungültigkeit der Wahlen führen würde. Das sei zu verneinen. Es gebe keine gesetzliche Vorschrift, in welcher Weise die Stimmen abgegeben werden sollten, abgesehen von der, daß sie laut und deutlich vor dem Wahlvorstand in Protokoll zu erklären sei. Es sei also nicht unterlag, daß mehrere gleichzeitig vor dem Tisch träten, die Stimme an verschiedenen Stellen der Tafel des Tisches abgeben und es gleichzeitig täten. Das Verfahren könne ja unangemessen sein, es könne dahin führen, daß die Möglichkeit, alle Stimmen zu vernehmen, ausgeschlossen werde. Das wäre indessen hier aber nicht erwiesen. Es könne deshalb hier keine erhebliche Unregelmäßigkeit darin gefunden werden, so daß es unmöglich sei, die angeforderten Wahlen für ungültig zu erklären. Ihre Gültigkeit müsse anerkannt werden.

Wie das Gericht entschieden hätte, wenn nicht gerade die bürgerliche Seite gefordert hätte, ist wahrscheinlich schwer zu sagen.

Anmeldung zur Stammrolle.

Die Militärbehörde erstift folgende Bekanntmachung: Gemäß § 25 der Verordnung haben sich die Militärpflichtigen in der Zeit vom 15. Januar bis 1. Februar zur Aufnahme in die Musterungs-Stammrolle anzuwenden und diese Leistung allfällig zu wiederholen, bis eine endgültige Entscheidung über ihr Militärverhältnis getroffen worden ist. Die im Jahre 1887 u. a. m. wärts geborenen Militärpflichtigen haben bei der Anmeldung einen vom zuständigen Standesamt (nicht vom Vormund) ausgefertigten Geburtschein, welcher für Militärzwecke kostenfrei erteilt wird, vorzulegen; für die in Halle a. S. und in den eingemeindeten Vororten 1887 geborenen Militärpflichtigen sind Geburtsheime zur Anmeldung nicht erforderlich. Militärpflichtige älterer Jahrgänge haben die letzte Musterungs-Vorladung bzw. Zugewogene den Wohnsitz mitzubringen.

Die Anmeldungen erfolgen im Militär-Bureau, Rathausstraße 4, II. Eingang Kleine Steinstraße, vormittags von 9-1 und nachmittags von 3-5 Uhr und zwar:

Dienstag, den 15. Januar Jahrgang 1884	und eventuell ältere, sowie vom Jahrgang 1885 folge, deren Familienamen mit dem Namen des Vaters anzugeben.	A-G
Dienstag, 16. Januar, Jahrgang 1885, Anfangsbuchst.	A-G	A-G
Dienstag, 17.	1885,	L-R
Dienstag, 18.	1885,	B-Z
Samstag, 19.	1886,	A-G
Montag, 21.	1886,	A-G
Dienstag, 22.	1886,	L-R
Mittwoch, 23.	1886,	B-Z
Dienstag, 24.	1887,	A-G
Freitag, 25.	1887,	L-R
Samstag, 26.	1887,	B-Z
Montag, 28.	1887,	A-G
Dienstag, 29.	1887,	L-R
Mittwoch, 30.	1887,	B-Z
Dienstag, 31.	1887,	A-G

Wer die vorgeschriebene Anmeldung unterläßt, wird mit Geldstrafe bis zu 30 Mark oder mit Haft bis zu drei Tagen bestraft.

Achtung, Wale! Die Exere über die Firma W. Bander, Niemeyerstraße 23, besteht unverändert weiter.

Die Dreizehntausend.

Verstorbene ist in der Freitag den 13. Januar, schwerem Leiden im Alter von noch nicht 30 Jahren als Opfer der Brustkrankheit (Pneumonie) der Wale Ferdinand Ulm. Der Verstorbene war seiner Gewerthalt ein tätiges und treues Mitglied, als Parteigenosse trat er stets für die Befreiungen der Arbeiterthätigkeit ein, welche ihm auch ein dauerndes Andenken bewahren wird. Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Kapelle des Südrfriedhofes aus statt.

Die Sitzung der Gewerbeausschüsse findet am Mittwoch, den 9. Januar, u. s. w. statt. Mit Rücksicht auf die Wahlbewegung wird die nächste Sitzung erst Mittwoch, den 13. Februar, stattfinden.

Ein schwerer Diebstahl. Von einem Spelger wurde ein Blos Sinn im Gemachte von 60 Pfd. gefohlen. Das Blos hatte einen Wert von 120 Mark und wird wahrscheinlich in kleinen Etüden Althändlern zum Kaufe angeboten werden.

Die Sternschnuppen im Januar.

Der 1. Januar leidet so ziemlich ohne innere Gründe das neue Jahr ein. Man hat ihm zwar vom Himmel abgesehen er hat keinen Zeitpunkt zu stellen, in welchem die Erde bei ihrem jährlichen Umlauf um die Sonne die Sonne nähert, die Längs- aber die untere Zeitmessung dreienden Zeitraum, das Jahr und der Tag, ohne einen Zusammenhang und völlig unabhängig von einander sind bemerkt, daß die Sonnenjahre der Erde meist an einem der folgenden Tage eintritt. 1907 ist das am 2. Januar der Fall.

Was sonst spielt die Sonne in diesem Monat wieder eine besondere Rolle. Am 14. Januar findet in den Vormittagsstunden die erste Sonnenfinsternis in diesem Jahre statt, die allerdings bei uns nicht sichtbar sein wird. Ueberhaupt wird von den in diesem Jahre sich ereignenden Finsternissen (zwei Sonnen- und zwei Mondfinsternisse) in unserer Gegend nur die zweite Mondfinsternis am 25. Juli, sichtbar sein. Außerdem findet eine besonders merkwürdige Sonnenfinsternis statt, bei welcher nicht bloß die Sonne, sondern auch die Erde die Sonne verdecken wird. Diese Finsternis liegt nicht so aufwendend wie die durch den Mond, bietet aber wegen der wissenschaftlichen Bedeutung Interesse. Wir werden im November selbstverständlich darüber berichten.

In der Welt der großen Planeten ist nur der leuchtigste Merkur nicht sichtbar. Die Venus ist des Morgens 3 bis 2 1/2 Stunden im Südosten sichtbar und erreicht am 4. d. Mts. ihren größten Glanz. Sie ist dann sogar am Tage mit blohem Auge sichtbar, wenn man ihre Stellung am Himmel ungefähr weiß. Der Planet, der sich bei Jahresanfang im Sternbild des Skorpion befindet, bewegt sich während des ganzen Jahres recht häufig und durchwandert den ganzen Tierkreis, um Ende Dezember noch über seinen anfänglichen Standpunkt hinaus in das Sternbild des Steinbockes zu gelangen. Am 1. Januar tritt er wieder am Morgen sehr nahe. — Mars, der das ganze Jahr hindurch sichtbar ist, kann im Januar nahezu drei Stunden lang des Morgens nach seinem Aufgang im Südosten beobachtet werden.

Der Planetenriesen Jupiter befindet sich zu Anfang des Jahres in dem Sternbild der Zwillinge in rückwärtiger Bewegung und kommt gegen Ende Februar längere Zeit zum Stillstande. Im Januar tritt er wieder am Morgen sehr nahe. — Mars, der das ganze Jahr hindurch sichtbar ist, kann im Januar nahezu drei Stunden lang des Morgens nach seinem Aufgang im Südosten beobachtet werden.

Der Planetenriesen Jupiter befindet sich zu Anfang des Jahres in dem Sternbild der Zwillinge in rückwärtiger Bewegung und kommt gegen Ende Februar längere Zeit zum Stillstande. Im Januar tritt er wieder am Morgen sehr nahe. — Mars, der das ganze Jahr hindurch sichtbar ist, kann im Januar nahezu drei Stunden lang des Morgens nach seinem Aufgang im Südosten beobachtet werden.

Der Planetenriesen Jupiter befindet sich zu Anfang des Jahres in dem Sternbild der Zwillinge in rückwärtiger Bewegung und kommt gegen Ende Februar längere Zeit zum Stillstande. Im Januar tritt er wieder am Morgen sehr nahe. — Mars, der das ganze Jahr hindurch sichtbar ist, kann im Januar nahezu drei Stunden lang des Morgens nach seinem Aufgang im Südosten beobachtet werden.

Illustrierte Neue Welt-Kalender für das Jahr 1907

à Stück 40 Pfg. sind eingetroffen.

Zu beziehen durch alle Austräger und die

Volkbuchhandlung, Harz 42/43.

Naumburg-Weißensfels-Beiz.

Grosse öffentliche Volksversammlungen

zur Reichstagswahl.

Weissensfels am Mittwoch den 9. Januar abends 8 Uhr in Stadt Naumburg.
Zeit am Freitag den 11. Januar abends 8 1/2 Uhr in der Wilhelmshöhe.

Tagesordnung:

Die bürgerlichen Parteien und die Reichstagswahl.

Referent: Reichstagskandidat **Ad. Thiele.**

Zu beiden Versammlungen ist der Kandidat der Gegner-Parteien, Herr Rektor Sommer eingeladen.

Zutritt und freie Diskussion für jedermann.

Entree 10 Pfg.

Sämtliche Versammlungen beginnen pünktlich zur angegebenen Zeit.
 Das sozialdemokratische Wahlkomitee.



Tafel-Butter

Hervorragend feiner Wohlgeschmack
 Grosse Haltbarkeit

Stück 63 Pfg.

Feine Molkereibutter pro 120 Pfg.

Gr. Ulrichstr. 44 Thomasstr. 46
 Leipzigerstr. 16 Steinweg 24
 Alter Markt 18 Bornburgerstr. 18
 Gr. Steinstr. 39 Burgstr. 7
 Landsbergerstr. 10 Rollstr. 111

Marke Muschel.

F. H. Krause

Grüßenhainichen.

Ein Expedient

wird für unser Blatt zum 1. Februar gesucht. Schriftliche Meldungen erbittet die

Expedition des Volksblattes in Halle.

Moden-Zeitungen I. Quart. 1907.

Die elegante Mode	pro Quartal 1.75 M.
Große Modenzeitung	1.50
Die Modensicht	1.25
Deutsche Modenzeitung	1.15
Das Blatt gehört der Hausfrau	1.75
Hauslicher Ratgeber	1.40
Große Modenwelt	1.-
Mode und Haus (mit Kolort.)	1.25
Kindergarderobe	1.-
Wäschezeitung	0.80
Große Kindermodenwelt	0.80
Neue Modenwelt	0.50
Frauen-Zeitung	2.10
Frauentisch	0.75
Wochenblatt für Moden	0.75
Pariser Moden	1.30
Wiener Moden	2.50
Wiener Chic	pro Quartal 6.00 u. 8.25
Wufen-Album	jährlich 12.00

und viele andere.

Abbestellgeld 10 Pfg. pro Quartal

Neuabstretende Abonnenten erhalten die schon erschienenen Nummern nachgeliefert.

Neue Bestellungen nehmen zu jeder Zeit entgegen alle Austräger des Volksblattes und

Die Volksbuchhandlung, Harz 42/43.

Buchführung für Konsumvereine.

Breis 2.00 M.

Zu beziehen durch die

Volkbuchhandlung,
 Harz 42/43.

Nachruf.

Am Freitag den 4. Januar starb nach langem Leiden unser Mitglieb der Maler

Ferdinand Olm

im 30. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 3 1/2 Uhr von der Kapelle des Südrfriedhofs aus statt.

Sozialdemokratischer Verein für Halle und den Saalkreis.

Obes-Anzeige.

Am Freitag den 4. Januar verschied nach langem, schwerem Leiden unser mein lieber guter Mann, der Maler

Ferdinand Olm

im Alter von 80 Jahren.

Dies zeigt tieftrauernd an

Emilie Olm geb. Schäfer.

Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 3 1/2 Uhr von der Kapelle des Südrfriedhofs aus statt.

Nachruf.

Am Freitag den 4. Januar starb nach langem, schwerem Leiden unser altes treues Mitglieb, der Maler

Ferdinand Olm

im 30. Lebensjahre.

Er war uns stets ein lieber und werter Kollege, wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Die Vereinigung der Maler, Lackierer u. Anstreicher (F.H. Halle).

Die Beerdigung findet am Dienstag nachm. 3 1/2 Uhr von der Kapelle des Südrfriedhofs aus statt.



Schweizer-Käse

süßlich fett

80 Pfg.

F. H. Krause.

Gr. Ulrichstr. 44
 Leipzigerstr. 16
 Alter Markt 18
 Gr. Steinstr. 39
 Thomasstr. 46
 Steinweg 24
 Bornburgerstr. 16
 Burgstr. 7
 Rollstr. 111
 Landsbergerstr. 18

Musik.

Suche zu Ofter d. J. noch einige Musikschüler.

Th. Rüttenrauch, Musikdirektor, Touchern.

1 Wohnung m. all. Zubeh. a. verm. al. oder zu Oftern best. hörbar
Zangenberg 78.

Zur Anschaffung empfohlen: Anklärungs-Schriften über das Christentum.

Was Jesus Gott, Mensch oder Hebermenscht? Von Dr. Eugen Lohmuth. - Preis 15 Pf.

Was ist die Wahrheit wirklich Sozialisten? Von Dr. Eugen Lohmuth. - Preis 15 Pf.

Das wahre Christentum als Feind von Kunst und Wissenschaft. Von Dr. Eugen Lohmuth. - Preis 15 Pf.

Was haben die Armen d. Christentum zu verdanken? Von Dr. Eugen Lohmuth. - Preis 20 Pf.

Nieder mit den Sozialdemokraten Preis 10 Pf.

Christentum und Sozialismus. Neue Ausgabe mit einem neuen Vorwort vom Mai 1901 von H. Hebel. Preis 10 Pf., Porto 3 Pf.

Die wahre Gestalt des Christentums. Uebersetzt und mit Vorwort versehen von H. Hebel. Preis 50 Pf.

Die Kirche im wahren Gehalt des Christentums. Von H. Hebel. Preis 30 Pf.

Sozialdemokratie und Zentrum Von H. Hebel. Preis 20 Pf.

Die Religion der Sozialdemokratie. Von J. Dieckhoff. 6. Aufl. Preis 20 Pf.

Wider Gottes- und Bismarckglauben. Von A. Donal. Preis 30 Pf.

Die Kirche im Dienste des Unternehmertums. Von H. Calmer. Preis 10 Pf.

Arbeiterkatholizismus. Von H. Calmer. Preis 10 Pf.

Wie ein wahrer Sozialdemokrat wurde? Von V. Wöhre. Preis 10 Pf.

Christliche Arbeiterpflichten. Preis 20 Pf.

Frühling in Krenberg und die Krenberge. Preis 20 Pf.

Die Ziele der sozialdemokratischen Partei. Preis 15 Pf.

Zu beziehen durch alle Austräger und die

Volkbuchhandlung,
 Harz 42/43.

Makulatur

verant

Volksblatt-Druckerei.

Dankagung.

Zurückgekehrt vom Grabe meiner lieben Frau und Mutter lagen mir allen Verwandten und Bekannten, die ihr das letzte Geleit zur Ruhe gaben, Dank; auch d. Gleichdenkender Arbeiter-Vereinsteil für die trostreichen Wieder am Grabe.

Wilh. Wolf nebst Kindern.

Ständesamtliche Nachrichten.

Halle (Süd, Steinweg 2), 5. Januar.

Aufgehoben: Arbeiter Weinhage u. Antone Hedrich (Herrenstraße 11 und Alter Markt 14). Schulaufsichtskandidat Brunner und Elisabeth Herger (Gardelegen und Charlottenstr. 5). Kaufmann Wulle und Margareta Steinmann (Landsbergerstraße 31). Kaufm. Buchner und Martha Sohn (Galle 2. und Sandersleben). Schmied Dilling und Berta Büttel (Nordhausen). Ingenieur Doeber und Auguste Michaelis (Hannover und Ggestorf). Arbeiter Sellmann und Ida Kämpfer (Galle 2. und Rosenstr. 10).

Scheidungen: Arbeiter Kehler und Hedwig Wülner (Weingärten 25 und Mühlgrasse 8). Schriftf. J. Bodsch und Frieda Ritter (Schloßstr. 4 und Parfir. 6). Arbeiter Schlegel und Luise Schiele (Schloßstr. 40 und Mühlgr. 92). Fabrikant Schöner und Anna Groß (Bitterfeld und Wärmelagerstraße 112). Kesselfeldm. Janen und Martha Hiller (Mansfelderstr. 55 und Werberstraße 6). Arbeiter Knabe und Luise Gabriel (Kuttigstraße 3). Stellmacher Reinhardt und Anna Kottiger (Burgstraße 10 und Leipzigerstraße 56). Malermeister Dostal und Marie Henneke (Raffineriestraße 45). Steinbruder Kasperlein und Franziska Günther (Merseburgerstraße 69 und Mühlgr. 20).

Geboren: Angführer Schulte L. (Bernhardstr. 39). Oberführer Weich L. (Vollmannstraße 2). Glasermeister Friedrich L. (Bernhardstr. 47b). Wirtboten Vlieg L. (Werderstraße 7). Arbeiter Grapshoff L. (Zwingenstraße 32). Baugewerksführer Bauer S. (Webenauerstraße 17). Schaffner Wölft Sohn (Brudorfstr. 6). Trompeter Wenzel L. (Merseburgerstraße 64). Arbeiter Goller S. (Schloßstr. 14). Maurer Badmann S. (Schloßstr. 22). Fleischer Bierling L. (Alter Markt 17). Arbeiter Hoffmann L. (Herrnstr. 18). Schlosser Döbe L. (Kortstraße 33). Arbeiter Grain S. (Wälderstraße 18). Arbeiter Seifahrt S. (Lauthstraße 23).

Verstorben: Arbeiter'sche Udo Oehr. 20 geborene Parport, 34 J. (Hindf.). Arbeiter Seiler, 20 J. Witwe Schick, 71 geb. Schmidt, 70 J. (Hindf.). 71). Schneidermeisters Witwe Obertrau Ida geb. Wiplich, 29 J. (Hindf.). 10 Pf.).

Christliche Arbeiterpflichten. Preis 20 Pf.

Frühling in Krenberg und die Krenberge. Preis 20 Pf.

Die Ziele der sozialdemokratischen Partei. Preis 15 Pf.

Zu beziehen durch alle Austräger und die

Volkbuchhandlung,
 Harz 42/43.

Halle-Nord (Burgstr. 38), 5. Jan.

Aufgehoben: Arbeiter Pfaff und Anna Putz (Luthstraße 37 und Gammelferstr. 19). Ingenieur Schulte und Martha Sonnenberg (Webenauerstraße 63 und Wettinerstr. 23).

Scheidungen: Arbeiter Hermann und Anna Duen (Gr. Wallstraße 2).

Geboren: Kesselfeldm. Vater L. (Luthstraße 30). Arbeiter Baad S. (Schloßstr. 2). Arbeiter Schulte L. (Leonidstraße 6). Arbeiter Pöcher L. (Schloßstr. 4). Kaufm. Wölter L. (Herrnstr. 2). Handelsmann Lue L. (Herrnstr. 1). Arbeiter Martin L. (Große Brunnenstraße 35). Arbeiter Schröder S. (Gammelferstr. 19).

Verstorben: Sattler Vorholz, 61 J. (Luthstraße 29). Verwalter v. Seidow, 83 J. (Martinsstr.). Arbeiter Fiedler, 83 J. (Große Wallstraße 42). Witwe Friederike Grubbsch geb. Hoff, 57 J. (Brandenburgstraße 10).

Musikspostkarten

empfeht die Volksbuchhandlung.

2. Beilage zum Volksblatt.

№. 6.

Halle a. S., Dienstag den 8. Januar 1907.

18. Jahrg.

Zur Reichstagswahl.

Die Auffstellung der Kandidaten unserer Partei ist nun abzuschließen vollzogen. Es sind alle 397 Wahlkreise mit Kandidaten besetzt, wovon allerdings eine ganze Reihe nur Stichkandidaten sind, von einerseits an der Spitze der Gesamtwahlmengen unserer Fortschrittlichen zu stehen, andererseits auch um durch die Agitation unsere werbende Kraft bis in die äußersten Spitzen des Landes hinauszuverbreiten zu lassen.

Die Reichsliste der Sozialisten. Die Professoren Reichlicher Fakultät steigen wieder in das Volk herab, wie einst in den Tagen der Rottenwerbung. Herr Schmalzer, der immer dabei ist, hat eine große öffentliche Versammlung auf den 8. Januar einberufen, um die Wahlparole des Fürsten Bülow professionell breiten zu können. Es wird nicht diskutiert, aber es werden Ansprachen gehalten werden. Auch Herr Derenburg wird antreten. Hans Delbrück, von Vögel, die noch 1903 für ein Zusammengehen des entchiedenen Liberalismus mit dem Sozialdemokraten eintraten, stehen im Widerspruch auf dem Schloßhofe und halten in einer Versammlung Ansprache zugunsten einer entschlossenen Kolonialpolitik, von deren Zweck Zentrum und Sozialdemokraten ausgeschlossen sind. Die preussische Wissenschaft ist, wie man sieht, immer bereit, umgekehrt und einzutreten, wie es verlangt wird.

Eine richtige Charakterisierung des verkappten Freunds gibt die neue Zeit, indem sie schreibt:

Ein Bild ungläublicher Verwahrlosung bietet der Freisinn dar. Erst die Durchsicht der zahlmässigen Ergebnisse der letzten Reichstagswahlen macht begreiflich, wie er zu dem wurde, was er heute ist. Es gibt keine Partei, die sich in so vieler Weise prostituiert hat, die sich jeder Partei, ja jedem überhaupt einmal aufgetretenen politischen Hebererum fast bedingungslos in die Arme geworfen hat, nur um ein Mandat zu erlangen, für es auch nur für eine Gelegenheitspartei. Denn etwas Singuläres, dieses nur die Sache wiederholen.

Der Degen von Arpad bzw. die Rundgebung Bülow an den Reichsverband zur Verleumdung der Sozialdemokratie findet nirgends freundliche Aufnahme. Abgesehen von Blättern vom Kaliber der Völk. Kreuzzeitg., Nordd. Allg. Ztg., Halle'sche Ostwunde wird der Selbstverleumdungsakt des großen Kanzlers mit mehr oder weniger scharfen Worten abgelehnt. Aber auch bürgerliche Parlamentarier haben schon hier und da in nicht mehr übersehender Weise zu dem Gebrauche Stellung genommen. So gingen in München in einer kürzlich besetzten Versammlung des demokratischen Vereins Prof. Dr. Knudde und der Kandidat der Sozialisten, Rechtsanwalt Kohl, scharf mit der verurteilten Degen-Rede ins Gericht. Also selbst diese liberalen Kreise, die noch etwas auf Wohlwollendheit halten und deren Scham noch nicht ganz zu den Hunden gefallen ist, als wie bei den Freisinnigen um Müggen, Müller, Sagan und Ähnlichen, weisen eine derartige fälschliche Wahlhilfe zurück. Armer Bernhard. — Daß sich das Zentrum genau wie die Sozialdemokratie über diese durchschaubarste Unklarheit unabhängig freut, ist ja selbstverständlich. Und dieser Freude gab auch Erzberger in einer großen, von über 6000 Personen besetzten Zentrumsversammlung beherden Ausdruck. Das Zentrum sei dem Reichskanzler hierfür so zu Dank verpflichtet, daß die Versammlung ihm eigentlich ein Dantetelegramm senden könne. — Auf dem Standpunkte stehen natürlich auch wir. Wenn wir das Geld jetzt nicht zu Hilfe anwenden könnten, müßte dem „Berliner Arbeiter“ des alten Reichstages jeder sozialdemokratische Agitator ein Dantetelegramm schicken für die Hilfe in unserer Agitation, die uns diese Rundgebung bietet. Da wir in unseren sozialdemokratischen Vereinen leider keine Ehrenmitglieder haben, was wir sonst Bernhard untrüglich ermahnt hätten, wollen wir ihn wenigstens zum Ehrenagitator zur Stärkung der sozialdemokratischen Partei ernennen. Verdient hat er es reichlich an uns.

Ein weißer Hahn unter dem vielen schwarzen Federhahn der bürgerlichen Parteien ist entschieden der Impulsator der national-liberalen Rhein-Welt, der es schreibt: „So wahr es ist, daß die Auffassung des Reichstages keine absolute ist, sondern einer nationalen Notwendigkeit entspringt (?), so falsch ist es, einen Absolutismus oder sogar ein „persönliches Regiment“ abzuwehen und als „Schlagwort ohne jeden tatsächlichen Gehalt“ bezeichnen zu wollen. Die Ablehnung der Eisenbahn Substanz-Beamtenschaftsverbandes widerspricht ebenfalls einem nationalen Nutzen und unserer Weltanschauung. Aber damals dachte der Bundesrat nicht an Auflösung. Es fehlte offenbar die „persönliche Anregung“ dazu.“

Und noch ein **Renommierarbeiter** als Reichstagskandidat. Die National-liberalen stellen im Wahlkreis Reichshausen Vorden den Bergmann Hebbas aus Harpen als Reichstagskandidaten auf. Es wird allerdings wegegeliche Liebesmüh sein, diesen Arbeiter durchzubringen, denn dieser Kreis ist eine ziemlich sichere Domäne des Zentrums. Da kann man sich schon den Luxus eines Arbeiterkandidaten leisten.

Ein weiteres Zeichen politischer Verklumpung des Freisinn gibt der Wunsch der Freisinnigen im 1. schlesischen Wahlkreis, bei einer event. Stichwahl gegen die Sozialdemokratie und für den Kandidaten der Konservativen und des Bundes der Landwirte, einem der extremsten Vorwucherer, einzutreten. Hat man Worte für solche Sorte? Hoffentlich enthält die Sozialdemokratie diese Gesellschaft ihrer eigenen Agitation.

Zentrum und Volkrecht. Das Zentrum führt den gegenwärtigen Wahlkampf mit demokratischen Waffen. Die Kunst der Anpassung kennen die politischen Agenten der allein jehmachenden Kirche nicht nur auf dem religiösen sondern auch auf dem parteipolitischen Gebiet. Das Zentrum verteidigt heute das Parlament, dessen Recht es bei den Zollverhandlungen gemeinsam mit der Regierung, den National-liberalen und Konserverativen vertrat hat, ist mit sozialdemokratischen Bindungen. Insbesondere vertritt Herr Erzberger immer wieder, daß der Reichstag weder der Hofnar noch der Vafal der Regierung sein sollte. Dieser Vorstoß des Zentrums in der Richtung des parlamentarischen Regimes wäre dann denkbar, wenn er früher gekommen wäre, wo die Partei noch von der Unbestimmtheit der Regierung besessen wurde. Parlamentarisch beherrschend, und so ist auch das Zentrum nicht grundsätzlich für den Parlamentarismus, für die Entfaltung der Politik der Nation durch die Nation und deren Vertreter selbst, sondern auch das Zentrum

will nur das Parlament zur Herrschaft bringen, wenn das Parlament das Zentrum zur Herrschaft bringt. Das Zentrum ist weit davon entfernt, prinzipiell unter allen Umständen dem Volk selbst die Entscheidung durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu sichern. Wenn das Volk im Sinne des Zentrums nicht wählt, so ist nicht diese im Grunde ergreifliche Partei genau so von einem Mißbrauch des Wahlrechts, wie das Federhahn des Fürsten Bülow vom Mißbrauch des Parlaments schreibt, wenn das Parlament seine eigene Meinung und nicht die der Regierung verteidigt. Das Zentrum zeigt keine reaktionäre Natur darin, daß es genau wie die Junker und die Regierung jeden Gebrauch politischer Rechte als Mißbrauch befaßt, der kein literaler Gebrauch ist. Am 28. Januar 1904 hat im preussischen Landtag der Führer des Zentrums mehr preisgegeben als das Parlament und dem Parlamentarismus: die Grundlage des parlamentarischen Systems, das demokratische Wahlrecht. Herr Degen wandte sich gegen die Einführung des Reichstags-Wahlrechts in Preußen besonders deshalb, weil, wie er wörtlich ausdrierte: „daß das bestehende Reichstagswahlrecht auch als das reine Ideal nicht anerkannt werden kann und es doch, wie es sich gezeigt hat, Mißhandlungen mit sich bringen kann. Mißhandlungen eines gewissen Nenns gibt, von denen wir nicht wünschen können, daß sie ausgedehnt werden.“ Das ist die runde und nette Abgabe des Zentrums an das Reichstagswahlrecht, das es sich solange noch dulden wird, als es ihm nützt, zu dessen Verhütung aber es sofort schreiten wird, wenn das Volk von ihm einen anderen Gebrauch macht, als es dem Zentrum dient.

Die Bernhardiner. Zentrumsblätter geben als Wahlparole mit zarter Anspielung auf den Vornamen des Reichskanzlers die Parole: Gegen die Bernhardiner! aus. Diese Bernhardiner werden ihre Gründer, denn den Bernhardiner spielte das Zentrum gerade bis zum Frühjahr des abgelaufenen Jahres. Außerdem zeichnen sich die Bernhardiner durch eine Treue und Zuverlässigkeit aus, die in diesem Falle keiner der Beteiligten gezeigt hat.

Zur Wahlbewegung im Reg.-Bez. Merseburg.

Halle und der Saalkreis.

Sozialdemokraten ausgeschlossen. Unsere tapferen Gegner haben endlich etwas von sich hören lassen. Eine volle Woche haben sie über die Antwort gebrüht, welche sie der sozialdemokratischen Vorbereitung geben wollten. Auf unsere höfliche Anfrage, die wir in voriger Nummer mitteilten, ob Sozialdemokraten in der Versammlung Zutritt hätten und ob sie dort ihre Anschauungen vertreten könnten, erklärten wir am Sonnabend nachmittag, nach Schluß der Redaktion, folgendes orthographisch wie förmlich gleich schöne Antwortschreiben:

Halle a. S., 5. Januar 1907.
An das Sozialdemokratische Reichstagswahlkomitee in Halle a. S.

In höchster Erwiderung des an das bürgerliche Wahlbureau für die Reichstagswahl in Halle und der dortigen Wahlkomitee Schreiben vom 1. cr. verweisen wir Sie auf die in den Blattsäulen und in den Zeitungen erscheinende Einladung zu der Wahlversammlung am 7. cr., woraus Sie das Weitere zu entnehmen belieben.

An den Blattsäulen und in den bürgerlichen Zeitungen ist aber zu lesen, doch die Wähler, welche auf nationalem Boden stehen und in der Bekämpfung der Sozialdemokratie einig sind, zu der am 7. Januar stattfindenden Versammlung eingeladen sind. Da wir nun nicht zu denjenigen gehören, welche in der Bekämpfung der Sozialdemokratie einig sind, so hat man uns ausgeschlossen. Auch gut so. Wir haben alles getan, um zu einer Aussprache in einer öffentlichen Versammlung, und zwar in einer von Gegnern einberufenen, zu kommen, aber die Gegner lehnen unter nichtigenden Redensarten eine Diskussion mit uns ab. Sie tun es, weil die Sache der Gegner keine Kritik verdient. Diese Gegner sind junge Drücker. Wären sie an ihrer eigenen Langeweile geübt gehen. Das Urteil über diese Drücker werden die hallischen Arbeiter am 25. Januar fällen.

Untergeordnet ist der Ruf zur Versammlung von folgenden Korporationen: Der Verein der Liberalen in Halle und dem Saalkreis, National-liberaler Verein der Stadt Halle und des Saalkreises, Konserverativer Verein für Halle und den Saalkreis, Bund der Kandidaten. Diese Korporationen haben Stärke-Schmidt zu ihrem gemeinsamen Kandidaten nominiert, denn sie treten gemeinsam für ihn ein. Und redet man dann von einem Mißbrauch-Kandidaten, einem Kompromiß-Kandidaten, dann regt sich so etwas auf und schimpft über die Verleumdung, die einen gemeinsamen Kandidaten als Kompromißkandidaten bezeichnen. Unsere Gegner schämen sich vor dem eigenen Werke. Aber sie haben auch Ursache dazu, denn es zeigt ihre ganze Ratlosigkeit und zugleich ihre tauartige Wahlschlagigkeit dem politischen Gegner gegenüber.

Falkraft Manieren.

Dieselben vereinigten Gegner, welche häufig eine Diskussion aus dem Wege gehen, sich nicht freudig drücken, haben aber nichtsdestoweniger ein recht großes Maul in ihrer Presse. Dort toben sie sich aus und reden gar manchmal, als ob sie sich im Zustande der Sonnambule befänden. In der Hall. Allg. Ztg. gibt ein Schreiber mit Bezugnahme auf die Versammlung, von welcher Sozialdemokraten ausgeschlossen sind, folgenden schönen Schwag zum besten:

Am morgigen Montag ruft der Generalstab der vereinigten bürgerlichen Kolonnen seine Streiter zu ersten Dienstleistungen zusammen, hier und in anderen Teilen unseres Wahlkreises wollen die nationalen Parteien vor neuem ihre Fahne hissen, und wenn dann die Mannen nicht läßt werden, wenn sie sich alle bewußt bleiben der hohen Pflicht und des hohen Ziels, dann wird der 25. Januar für sie zu einem Tag des Sieges werden, und die rote Fahne, die so mancher Jahr wie zum ersten Male in Halle und dem Saalkreis geweht, wird sich zum zweiten Male hissen. Die hallischen Arbeiter werden am 25. Januar schon dafür sorgen, daß das politische Chamäleon Schmidt nicht, wie zum

Hahn für Halle und den Saalkreis ins Reichsparlament geschickt wird. Und wenn irgend etwas schon jetzt „schlief auf Boden liegt“, dann sind das unsere Gegner, die wie Sir John Falstaff ihre ganze politische Tapferkeit im Mante haben, aber nur die Helden spielen, wenn sie entweder anonym oder unter sich sind. Diese Auserwählte!

Die Agitation.

Für die Orte Ammendorf, Döllnitz und Umgegend fand am Sonnabendabend ein Bürgerabend in Habernell eine große Volks-Versammlung statt. Genosse Kunert referierte. Die Versammlung nahm einen glänzenden Verlauf. Schon um 8 Uhr war der Saal bis auf den letzten Platz besetzt, so daß der Saal polizeilich abgeperrt wurde. Wenn der Saal doppelt so groß gewesen wäre, wie er ist, dann hätte es auch die große Zahl der Besucher nicht fassen können. Hunderte harrten trotz der Jahreszeit im Garten und nicht selten in den Gängen zu. Eine solche Volks-Versammlung bringen die Gegner nicht zu Stande, wenn sie sich auch auf den Kopf stellen würden.

Ein gutes Omen für den 25. Januar. In Trotha hatten sich am Sonntag nachmittag 3 Uhr in der Schenkung jodel Besucher eingefunden, die das geräumige Saal bis auf den letzten Platz besetzt war. In allen Ecken standen die Zuhörer. Auch diese Versammlung nahm einen glänzenden Verlauf. In etwa 1 1/2 stündiger Rede schätzte Genosse Fritz Kunert ein treffendes Bild von der politischen Situation, der nationalen Ehre unseres Vaterlandes, welches Milliarden für Meer und Flotte verschwendet und den Arbeitern das wenige nimmt, welches sie noch besitzen und von der Kampfesweise unserer Gegner, welche, wie Gassenhauer, ehrende Leute mit Strafen tot werfen. Die Versammlung gab durch stürmischen Beifall und Zwischenrufe zu verstehen, daß sie sich mit dem Kandidaten der Sozialdemokratie einig weiß und diesem trotz aller Anpöbelungen der Gegner volles Vertrauen entgegenbringt. In der Diskussion sprach Genosse Wolfenbüher, der namentlich die Worte von dem Aussehen Deutschlands im Auslande treffend kennzeichnete und Vergleiche zog, wie dieses Land, welches auf sein Ansehen im Auslande viel gibt, im Lande selbst Armen und Krüppeln das letzte nimmt. Mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die impulsive Versammlung geschlossen.

In Schrammendorf trat an der Schmiech- und Schlofferstraße sprach Genosse Frühlich vor zahlreich besetzter Versammlung. An dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine rege Diskussion. Die Versammlung war von besten Geistes getragen und zeigte, welche Begeisterung zu den kommenden Wahlen allliberal herrscht. In den beiden Versammlungen in Osmünde und Lebendorf sprachen die Genossen Höder, Halle und Weidensdorf. Auch diese beiden Versammlungen waren zahlreich besucht. In der Stadt wie auf dem Lande: überall der gleiche Kampfesmut. Der 25. Januar wird für unsere Partei ein Tag des Sieges.

Berichtigung.

In der Tabelle in Nr. 2 des Bl. 2. Beilage Seite 2 muß es in Zeile 7 von oben statt Reform des Militarismus heißen: Fern des Militarismus; in Zeile 29 und 30 müssen die Worte „W. II.“ und „Ballstreit“ in Fortfall kommen; und in den beiden letzten Zeilen der Tabelle muß es heißen: Der militaristische Bureaucratismus am Pronger.

Ein Verärgerter sendet uns heute eine Ansichtskarte, auf der er mitteilt, er habe jedoch unter gestern verteiltes Flugblatt gelesen, lenne weder Schmidt noch Kunert, wisse aber, daß Schmidt wenigstens für die Interessen seiner Partei einträte, während man von Kunert niemals gelesen habe, daß er auch einmal im Reichstag das Wort ergreifen werde, er sei also nur ein Bsp. Die Zeit dieser Folgerung ist uns nicht recht klar. Wenn der Absender aber meint, Kunert habe noch nicht im Reichstag geredet, so ist er schuld, daß er nichts von den zahlreichen und ohne Ausnahme sehr wirksamen Reden unseres Kandidaten weiß.

Das hübsche Bild auf der Karte zeigt einen Schlitzen, auf dem zwei Kägen einen Berg hinunterrollen. Ueber die Kägen sind die Namen Weibel und Thiele geschrieben und der Satz: Sie sind alle wie die Kägen.

Die vorne ledern und hinten kratzen. Das Bild stimmt nicht. Wir werden überhaupt nicht fordern tragen nur und zwar von vorn. Wir unterliegen uns dadurch nicht unvorsichtlich von anderen, die — hinten ledern und überhaupt nicht zu tragen wagen.

Zeit-Weihnachts-Annahme.

Von wirtschaftlicher Begeisterung

sind unsere Wählerversammlungen getragen. Der Jubelzug zu ihnen ist ein ganz gewaltiger. Am Sonnabendabend sprach in Rudes Restaurant in Regischa bei Zeit-Genosse Thiele. Die beiden Zimmer waren bis auf das letzte Plätzchen gefüllt. Kopf an Kopf, zusammen 170 Personen, hörten den Ausführungen des Redners zu und die stürmische Zustimmung ergab das volle Einverständnis der Versammlung mit der sehr scharfen Kritik, die unser Redner an dem Regierungssystem und den bürgerlichen Parteien geübt hatte. Herr Voigt, der Landwirtschänder, hatte die in ihn ergangene Einladung, sich zur Debatte mit unserem Kandidaten zu stellen, abgelehnt.

Da uns in Schöden ein Verlesungslokal nicht zur Verfügung steht, fuhr Genosse Thiele noch mit dem letzten Zuge nach dieser Stadt, wo er einige Stunden mit den Arbeiterwählern sich aussprach.

Sonntag nachmittag fanden Versammlungen in Sahnberg und Lucha statt. In Sahnberg sprach mit altem Erfolg Genosse Leopoldi, in Lucha, wo wir zum ersten Male ein Lokal zur öffentlichen Versammlung erhalten hatten, Genosse Thiele. Nur an die Seiten des geräumigen Saales im Saalhof zum Büden hatten lange Plätze gestellt werden können, auf denen über 300 Personen Platz fanden. Der ganze große Saalraum des Saales war mit Zuhörern gefüllt, die während dem Vortrage aufpassen mußten. Der handlich Thiele zum ersten Male den Vorden Sommer richtig vor, da derselbe wiederum am Abend vorher in Zeit in der wünschlichsten Weise seine politischen Gegner per se nicht beschimpft hatte. Die Versammlung war mit der

energischen Zurückweisung des Dubenanztrags und der sonstigen Kampfsmethode des reichstägigen Schlußleiters völlig einverstanden, was der stürmische Beifall zeigte.

Am Abend war Versammlung in Döbriß, auch sie war trotz der ungewöhnlichen Stunde recht stark besucht. In Wind und Wetter mußte der glückliche Sieger wieder Weg nach Laucha nach Döbriß zurückgekehrt werden. Genosse H. Thiel geisterte hier die Fackelbesenmanier der Regierung und ihrer Parteien, welche den Wählern vordreht, es handle sich bei dem Wahlkampf um die paar Millionen für Selbstbehaltung und um den Kampf gegen ein schwarz-rotes Kartell, das nur befehlen hat und nie befehlen kann, während es sich in Wirklichkeit um Erlangung einer geistigen Reichstagsmehrheit handelt für Verwirklichung neuer Steuern, Verrücktheit des Wahlrechts und Injenzierung weiterer loslippiger, gefährlicher und die nationale Ehre Deutschlands bedrohende Kolonialabenteuer. Eingehend sprach dann Genosse W. Bau aus über die Bedeutung dieser Reichstagswahl für die Arbeiter. Auch diese Versammlung verlief vorzüglich.

Sommer's Gruß an die Vergleute.

Sonntagabend sprach Sommer in Leuchtern. Er hielt seine alte Rede, denn er hat nur eine einzige Waise auf seinem Verleuten. Nun war nur der Witz, daß Sommer sich nicht erklärte, er sei ein radikaler Sozialist. Das möchte er bald mal zeigen, sonst glaubt man's ihm nicht. Zahlreich waren unsere Parteigenossen erschienen, da sie vom Reich der Versammlung im Januar nicht ausgeschlossen worden waren. Sie konnten bei Sommer's Anreden nicht mit Zwischenrufen. Sommer wurde darob immer mehr in seinen Schimpfen, bis er endlich erklärte, die Vergarbeitsarbeiter hätten ihren Streik aus reinem Ekel erlassen und hielten deshalb heute noch Schulden beim Kaufmann und beim Gastwirt. Unmittelbar nach Sommer mit einem Kaiserhoch, um seine Gegner keine Gelegenheit zur Abwehr zu geben. Seine Freunde sangen: Deutschland, Deutschland hat den Dalles! als Antwort schaltete die Arbeiter-Marieaile durch den Saal. Zum allgemeinen Gaubium löste dann der Beamte die bereits geschlossene Versammlung noch auf. Die Vergleute werden sich Sommer's Wahlzug an sie merken.

Sozialdemokratische Versammlungen finden statt am Mittwoch in Weissenfels (Ziele), am Freitag in Zeitz (Ziele), am Sonnabend in Rasberg (Ziele), am Sonntag in Vergsdorf (Frau Ziel), in Osterfeld, Gahnhof zur Sonne (Ziele), in Leuchtern (Frau Ziel und Ziele), in Trebnitz und Streckau (Referenten noch nicht bestimmt), Montag, den 14. Januar, in Bipsdorf (Frau Ziel), Dienstag, den 15. Januar, in Raumburg (Frau Ziel), am Mittwoch, den 16. Januar, in Weissenfels (Frau Ziel).

Wahnen als Volkserbe. Am morgenden Dienstag will der Oberbürgermeister Walden in öffentlicher Versammlung über die Reichstagswahlreden, natürlich zugunsten Sommer's. Das ist wirklich nicht mehr nötig. Sommer hat sich selbst schon so glänzend diskreditiert, daß Walden nicht erst beizutragen braucht, die Wahlchancen Sommer's noch tiefer unter den Gefrierpunkt sinken zu lassen.

In Zeitz sprach Herr Sommer am Sonnabend im kleinen Saale der Reichshalle, da andere Säle nicht zu erlangen waren und die Wilhelmshöhe den Freunden Sommer's zu rot war. Krüger den „besseren“ Wählern waren auch eine Anzahl Parteigenossen erschienen, trotz der von unferem Wahlkomitee abgegebenen Parole. Das sollte nicht sein. Einer solchen offiziellen Parole muß sich jeder Genosse fügen und darf seine etwaigen persönlichen Wünsche dann nicht mehr geltend machen lassen. Daß Sommer keinen unserer Genossen befehden kann, ist selbstverständlich. Aber es jähdet dem Ansehen unserer Partei, wenn ein Beisitzer unferes Wahlkomitee's nicht von allen streng eingehalten wird. Wir sind von Sommer ausgeschlossen worden: er gewährt uns nicht das Wort zur Diskussion, weil er weiß, daß jeder von uns ihn auf den Sand setzen kann; da bleiben mir ihm fern und erwidern uns nicht zur Defekation. Die Genossen müssen dieser Parole Folge leisten. Von unseren Zielen und Werten hat Sommer keine blasse Ahnung. Er ist aber glänzend politisch mündig wie sein Freund Christian, denn er hat zum Vorwurfe gemacht hat. Dagegen framt Sommer zwecks Verunglimpfung unserer Genossen die päbelhaften und längst widerlegten Verdächtigungen aus, so die Räderinnen-Geschichte gegen Singer.

Unverdorren ist Herr Sommer; das muß man ihm lassen. Nachdem am Sonnabend in Zeitz und am Sonntag in Trebnitz, Weissenfels und Leuchtern gesprochen hat, referiert er am heutigen Montag in Niederwiesmühl, Altenburg und Kösen, am Dienstag in Mittau, Oberweiß, Kösen und Webau, am Mittwoch in Weidelsdorf, Weidelsdorf und Schöden, am Donnerstag in Droßig und Döbnitz. Da die meisten dieser Versammlungen auf den Vormittag oder auf die frühen Nachmittagstunden angelegt sind, verzichtet Sommer von vornherein auf die Teilnahme der Arbeiterwähler; denn diese müssen den Tag über arbeiten, damit das Reich die Millionen bekommt, die Herr Sommer mit vollen Händen für Herr, Marine und Kolonien bewilligen wird. Die Arbeiterwähler brauchen auch Herrn Sommer nicht erst zu hören; sie wählen ihn ja ohnehin, Mann für Mann.

Doch! In Osterfeld trat Ostseebesitzer Frau aus Döbriß dem Duben-Sommer entgegen und erklärte ihm rund heraus, er könne ihn nicht als Vertreter der Landwirtschaft empfehlen, die Landwirtschaft könne für ihn nicht eintreten. Das ist zwar sehr un dankbar von den Wählern. Aber man muß zugeben, daß die Herren wenigstens noch politischen Charakter besitzen und am Meistwähl-Preisen keinen Geschmack finden.

Sommerwörter. Der Schwammische Gahnhof zur Eisenbahn in Weissenfels hatte der Gahnhof der Eisenbahn ist dem freisinnigen radikalen Subdubbel zu Versammlungen zur Verfügung gestellt worden. Den Arbeitern gab man diese Säle höher nicht. Die Arbeiter mögen aber sofort anfragen. Sommer, der doch auf die Arbeiterstimmen reflektiert, ist natürlich verpflichtet, für Verlebung dieser Säle auch auf die Arbeiter einzutreten, denn sonst würde er die Arbeiter als Menschen zweiter Klasse ansehen.

Das Konzert geht vor. Das Naumb. Kreisblatt berichtet, daß eine nationalliberale Wählerversammlung am Donnerstag wegen des gleichzeitigen Wählerkonzerts „nicht sehr stark besucht war.“ Das ist sehr viel ausgedrückt. Wie verlaßt, soll noch kein Dutzend Nationalliberale sich eingefunden haben. Die anderen haben aber besseren Geschmack gezeigt, denn ein Wählerkonzert zieht ohne Zweifel mehr Gehör als eine Rede, die Propaganda für Sommer's Wahl machen soll.

Delitzsch-Bitterfeld.

Den Anstich verpackt die Nationalliberalen von Delitzsch. Erst jetzt, mitten in der Wahlperiode, fangen sie mit der Gründung von Ortsvereinen an. In Delitzsch soll ein derartiger Verein am heutigen Montag aus der Taufe gehoben werden. Und wann wird das Kindlein sterben?

Merseburg-Querfurt.

Reichsdeutsche Leute.

In der Gottenotter-Bresse unseres Kreises wird dem Bölow'schen Manifest dasjenige Lob zuteil, das die führenden Blätter aller Parteien, die kontervative nicht ausgenommen, ihm herzlich verweigert haben. Am Schluß der Vorkabanne heißt es:

„Es doch bald! Es aufgerufen zur Wahl. Möge es im Wilhelmschen Sinne wählen. Fürst Bismarck hat dem vaterländischen Gedanken und allen Kaisererhaltenden Kräften durch sein Wahlmanifest starke Stützen und Hilfen zugeführt. Man muß nur gewillt sein, dieses Manifest recht zu verstehen und zu deuten. Fürst Bismarck entwickelt sich immer mehr als ein Staatsmann nicht nur von Augenschein sondern auch voll Kräft. Der Reichstasler marschirt, und die Sache des Vaterlandes ist ihm klar und wie! Nur mit dem richtigen Versehen und Deuten des Wilhelmschen Manifestes hapert's noch; der falsche, ungewünschte den Erlas nicht für klug und kräftig sondern für lehr ungeschickt und lastlos halten.“

Zur allgemeinen Lage. Zu dem wird uns unter dieser Epigramm gebrachten Artikel in Nr. 4 von uns noch geschrieben:

„Wenn in dem Artikel gesagt wird, daß die sozialistischen Ideen immer fetter zu greifen hätten, so mag das schon richtig sein. Aber was hilft das, wenn trotzdem nur ein kleiner Teil danach handelt, und die große Masse nicht? Ein jeder Arbeiter muß wohl sagen, daß noch mancher sehr im Argen liegt. Man denke nur an die Saalfazze. Da ist gerade die letzte Wahlzeit günstig, um den Wirten einmal ein Paroli zu bieten. Weiter wird im Bericht gesagt, die beiden Agitationskolonnen hätten gut gearbeitet. Hätte denn nicht besser, noch sehr viel besser gearbeitet werden können, wenn mehr Leute zur Verfügung standen? Immer dieselben sind es, die die Arbeit ausführen. Warum helfen die anderen nicht am großen Werk mit? Die Charakterisierung des Kreisblatt-Schreibers ist sehr treffend. Die Herren tanzen eben so, wie geistigen wird. Auch andere Leute sind eifrig am Werke. So fand am 30. Dezember eine Versammlung in Lauschwitz statt, wo der Buchhalter Köhler referierte. Den Arbeitern des Herrn Amtsrat's Zimmermann, die zur Versammlung kamen, „freiwilg“ natürlich, wurde das Jahrgeld erstattet.“

Wie war es denn bei der Wahl im Jahre 1903. Ein Arbeiter konnte da überhaupt nicht untereinsteigen. Fast keine magte den Sozialdemokraten zu wählen. Wie damals die „geheme“ Wahl ausfiel, zeigt ein Beispiel. Ein Arbeiterrecht, in Leuchtern oder Zeitz wohnte, hatte sich nicht beeinflussen lassen, sondern seine Stimme unferem Genossen gegeben. Am Morgen nach dem Wahltage kommt der Herr von Zimmermann zur Arbeitsstelle des Anstichers und sagt: „Du Schwein hast auch dem Sozialdemokraten die Stimme gegeben!“ Am Sonnabend hatte der Mann seine Entlassung. Das ist der berühmte „gute“ Ton der bürgerlichen Herren. Wie hat B. nun erfahren können, welchen Stimmzettel der Arbeiter abgab. Sehr einfach. Als Wähler wurde man eine Papierschachtel, in welcher die Kuverte dann aufgeschichtet lagen. Bei der Auszählung wurde nichts unternommen, eine Kontrolle zu verbinden. Man kann daraus sehen, wie schwer es für die Landarbeiter ist, nach ihrer Ueberzeugung zu stimmen.

In diesem Jahre werden gewisse Leute wohl vorstichtig sein müssen. Die Arbeiterkraft wird die Augen aufhalten.

Mansfelder Kreise.

„Echte Gottenotter-Gewinnung“ mutet das Heftig. Wochenblatt den Wählern an. Sie sollen nämlich durch ihre Stimme dem Kaiser eine „Geburtsstunde“ bereiten. Bekanntlich begehrt Wilhelm II. zwei Tage nach der Wahl seinen Geburtsstunde. Damit er sich freut, sollen die Wähler so stimmen, wie es ihm angenehmer ist. Die Willkürlichkeit, die man damit den Wählern zumutet, ist recht arg demütigend. Während jeder Wähler weiß, daß es sich jetzt darum handelt, durch einen Millionenzuwachs der sozialdemokratischen Stimmen dem Kaiser zu zeigen, daß das Volk mit der gegenwärtigen Politik durchaus nicht einverstanden ist, sollen die Wähler ihre Interessen und ihre Ueberzeugungen verraten und verleugnen, um Wilhelm II. eine Geburtsstunde zu bereiten. Solche Gottenotter sind die Mansfelder Wähler schon längst nicht mehr.

Jeden Tag läbelwürde gleihen die Lokalblätter unferes Wahlkreises ihren Untert über die Sozialdemokratie aus. Als Reklame des Reichsverbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie drucken sie auch die läblingshaften Erfindungen der Lieblichen Klose ab, um nur ja die Wähler abzuhalten sozialdemokratisch zu wählen. Jede Notiz ein Nachtopf, und kein leerer. Die als blanke Verleumdung erwiesene Behauptung, in München hätten organisierte Maurer die Verbindungsriegel im Gerüste durchgelagt, damit die auf dem Gerüste tätigen christlichen Arbeiter in die Tiefe stürzen, wird aufgedämmt. Die dicken Räuberhände werden aus blauer Faust gefunden. — Über die Mansfelder Arbeiter sind nicht mehr dieselben wie vor zehn und fünfzehn Jahren. Sie wissen, was sie von solchen Gemeinheiten zu denken haben, und sie werden am 25. Januar die Dichtung ausstellen.

Torgau-Liebenwerda.

Freisinn und Reichsverband. Der Reichsverband zur Verleumdung der Sozialdemokratie hat auch die Freisinnigen unferes Reiches mit Material versorgt. Genau daselbe Flugblatt, welches bereits Weingarten im Weigeln's-Beizer und im Wittenberger Kreis verteilt wurde, veröffentlicht jetzt der Freisinn unferes Reiches. Armer Freisinn! Nicht einmal ein Flugblatt kann von einem Freisinnsmann geschrieben werden. Man hat es freilich leichter, wenn man sich der Pörsen und Verleumdungen des Reichsverbandes bedient und nur den Namen des freisinnigen Kandidaten daruntersetzt.

Sangerhausen-Geharsberga.

Genosse Ad. Thiel's-Denkmal wird am morgenden Dienstag in Sangerhausen in einer öffentlichen Versammlung sprechen. Obwohl es nicht noch besonders nötig sein wird, mögen die Genossen doch für einen recht starken Besuch der Versammlung namentlich unter den Gegnern agitieren.

Wittenberg-Schweinitz.

Der Wahlkampf ist hier in vollem Gange. Das erste Flugblatt wurde in der Woche vom 25. bis 30. Dezember in allen Orten des Kreises verbreitet. Die Aufnahme des Flugblattes war allenthalben eine gute, irgend welche Erörterungen sind nicht gemeldet worden. Am 30. Dezember fanden vier sozialdemokratische und eine liberale Wählerversammlung statt. In S. und A. sprach Genosse Knipfer-Bein vor einer bis auf den letzten Platz gefüllten Versammlung. Ein Herr Richter sprach als Gegner in der Diskussion. Die übrigen Diskussionsredner, sowie auch der Referent widerten unter lebhaftem Beifall Herrn Richter ganz gründlich. Diese Versammlung war die erste, die auf diesem Ort abgehalten werden konnte. Bei früheren Wahlen waren die Sozialdemokraten stets abgabslos. Eine bedeutende Zunahme sozialdemokratischer Stimmen am 25. Januar wird der Erfolg dieser Versammlung, der zwei weitere am 13. und am 20. Januar folgen werden, sein.

In Schweinitz sprach in einer ebenfalls sehr stark besuchten Versammlung Genosse Schmitz-Bein. Trotzdem zahlreichere Gegner anwesend waren, hatte keiner derselben Luft, dem Referenten entgegenzutreten. Die Versammlung in S. und A., welche hauptsächlich von den Genossen aus Bad-Schmiedeberg besucht war, hatte denselben guten Erfolg für uns. Referent war hier der Genosse Vermo-Bein. Seine Ausführungen fanden den lebhaftesten Beifall der Versammlung, an welcher auch eine Anzahl Frauen teilgenommen haben. In diesem Ort werden noch zwei weitere Versammlungen, am 13. und am 20. Januar, stattfinden. Ueber die liberale Versammlung in Herzberg ist bereits berichtet. Am Sonntag, den 6. d. M., fanden einige Wählerversammlungen statt, am gleichen Tage ist auch das zweite Flugblatt in dem ganzen Kreise verbreitet worden, das wiederum beste Aufnahme fand.

Die Reppit-Bresse, voran das Wittenberger Tagesblatt, gefällt sich in der bekannten schmutzigen Bekämpfung unserer Partei. Es erwidert sich, auf jene Wigen einzugehen. Wir werden auch im Wahlkampf nicht versagen, dafür einzutreten, daß dieses Vergeßlichkeit aus dem Hause jedes anständigen Arbeiters entfernt wird.

Parteinachrichten.

Zur Verpöterung der Partei in Itzchen. Der dauerlicherwert igent der Eintragungsbuch des letzten Parteikongresses keine frühere getragung zu haben, denn wie uns mitgeteilt wird, ergeht in Rom jetzt Ende Dezember ein tägliches Blatt der Revisionisten und Syndikalistinnen unter dem Titel „Luzifer“. Alle Beisitzungsberichte und Tiraden, die diese Gründung begleiten, helfen nicht darüber hinweg, daß die Gründer keine Idee von demokratischem Prinzip und Gefühl haben.

Wahlfrage in Schweden. In Malmö wurde bei der Ergänzungswahl zur zweiten Kammer der Volkskongress Genosse Bärner gewählt. Die sozialdemokratische Kammerfraktion zählt jetzt 15 Mitglieder. — Auch bei den Gemeindevahlen wurden an verschiedenen Orten, trotz des plutokratischen Wahlrechts, unsere Genossen gewählt. So in Malmö drei und in noch sechs anderen Städten je ein Vertreter. Auch in Eskilstöpe (Maschinenbau) gewannen wir zwei Siege, während der Bürgermeisterversammlung mit nur 30 Stimmen Münderheit dem republikanischen Kandidaten unterlag. Es geht eben überall vorwärts trotz aller Hemmnisse.

Briefkasten der Redaktion.

E. M. in W. Das Mietverhältnis können Sie nicht wieder durch einfache Abgabe lösen. Sie müssen erst wieder kündigung bezm. die Miete für die Kündigungskosten zahlen. Das angebotene Mietgeld ist auf die Miete auszureichen.

Lokaliste für Merseburg-Querfurt.

Arbeiter, beachtet bei Auskäufen unsere Lokaliste!

Empfehlenswerte Lokale:	Vermeigte Lokale:
Schneid: Weiße Taube. Stadtgarten. Zum grünen Baum. Bürgergarten. Stadt Zeitzig. Zur Börse (Miller). Gute Luella. Bergschlößchen. Lindenhof. Deutsches Haus.	Wahlkater. Hotel zur goldenen Sonne. Zum Adler. Stadt Berlin. Deutsches Schwert. Gasth. z. gr. Aue. (Wahlau). Blauer Engel. Rästelker. Zum eigenen Kreuz. Günstiger Restaurant. Hotel zum Waghof.

Empfehlenswerte Lokale:	Vermeigte Lokale:
Merseburg: Restaurant zur Funtenburg. Weißitz: Gasthof. Altranstädt: Das Kasino. Leinhardtstraße. Gröbelsche: Kasino, Nr. 50, beim Genossen Breitkneider. Bautz: Schanqart (Ardner). Pentischels Restaurant. Lützen: Kasino, Mollstraße. Tollwitz bei Dürrenberg: Kasino.	Vermeigte Lokale. Mahlau: Zur Aue. Liebau: Gasthof. Moldwitz: Zur Grenz. Weißitz: Kurleis Restaurant.

Zum Reichstags-Wahlfonds:

Rfite 824 340, vom Vorhand der Kranten- und Sterbekasse der Maurergewerkschaft zu Halle a. S. — O. Wehner-Querfurt 10.—, W. Ammergängerer-Beitz 10.—, H. Jungers-Gephardt 4.—, Ofte 488 050, von einem, der sich an der Flugblattverteilung beteiligen kann 1.—, Ofte 485 12, 65, 251 410, 256 820, in der Wäderei: des Wla. Kanunervereins gesammelt durch Emil Roch auf Rfite 343 1078, 118 470, 125 545, 122 1175, 120 1105, Generatordbiel 1.50 Mark. — G. Labert.

Leitung des Zentral-Agitations-Komitees für den Regierungsbezirk Merseburg.
Zum Reichstagswahlfonds gesammelt von der Fleischfach der Grube 592 bei Kösbach 6.50 Mark. West. Schmidt.

Verantwortlicher Redakteur: Oskar Frölich in Halle.

Partei-Sekretariat für Halle und den Saalkreis
Gatz 42/43, Hof 2 Treppen.
Geöffnet Dienstag und Donnerstag früh von 9-11 Uhr
nachmittags von 4-8 Uhr